

Stand: 07.06.2026 03:46:11

Vorgangsmappe für die Drucksache 19/411

"Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2024)"

Vorgangsverlauf:

1. Initiativdrucksache 19/411 vom 19.02.2024
2. Plenarprotokoll Nr. 12 vom 27.02.2024
3. Beschlussempfehlung mit Bericht 19/2165 des HA vom 16.05.2024
4. Beschluss des Plenums 19/2172 vom 06.06.2024
5. Plenarprotokoll Nr. 21 vom 06.06.2024
6. Gesetz- und Verordnungsblatt vom 28.06.2024

Initiativdrucksache 19/411 vom 19.02.2024

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Staatsminister Albert Füracker

Erster Vizepräsident Tobias Reiß

Abg. Andreas Jurca

Abg. Josef Zellmeier

Abg. Claudia Köhler

Abg. Bernhard Pohl

Abg. Volkmar Halbleib

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Patrick Grossmann

Abg. Andreas Winhart

Abg. Tim Pargent

Abg. Prof. Dr. Ingo Hahn

Abg. Maximilian Böttl

Präsidentin Ilse Aigner: Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf die **Tagesordnungspunkte 2 a und 2 b:**

Gesetzentwurf der Staatsregierung

zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz

(Finanzausgleichsänderungsgesetz 2024) (Drs. 19/411)

- Erste Lesung -

und

Gesetzentwurf der Staatsregierung

über die Feststellung des Haushaltsplans des Freistaates Bayern für die Haushaltsjahre 2024 und 2025

(Haushaltsgesetz 2024/2025 - HG 2024/2025) (Drs. 19/412)

- Erste Lesung -

Das Wort hat der Staatsminister Albert Füracker.

Staatsminister Albert Füracker (Finanzen und Heimat): Frau Präsidentin, Herr Ministerpräsident, Kolleginnen und Kollegen! Immer dann, wenn wir schwierige Entscheidungen zu treffen haben, sehnen wir uns danach zu wissen, was hinterher das richtige Urteil wäre – so wie es in der Geschichte immer ist. Haushaltsplanung geht halt, wie vieles im Leben, nur vorwärts.

Was wird in den Geschichtsbüchern über die letzten Jahre – 2021, 2022, 2023 – stehen? – Einige Worte werden dort ganz oft auftauchen: Krise, COVID, Ukraine, Probleme mit bezahlbarer Energie, wirtschaftliche Destabilisierung in Deutschland.

Was könnte dort über die Haushaltspolitik des Freistaats Bayern stehen? – Trotz Krisen solide geplant; korrekter Vollzug; Verfassungsvorgaben stets eingehalten; Investitionen als stärkste Waffen gegen die Krisen; Bayern wurde stabil durch alle Krisen geführt; die Haushalte waren gut geplant und vollzogen.

Das heißt, wir konnten von den Menschen und der Wirtschaft viel Krise fernhalten. Meine Damen und Herren, Bayern kann Krisenmanagement. Wir haben das in den letzten Jahren gut bewiesen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Das wäre aber zu wenig. Unser Gestaltungsanspruch wurde zu keiner Zeit aufgegeben: Investition zur Krisenbewältigung, Investition zur Gestaltung – das ist die Überschrift auch über diesem Haushalt.

Warum sage ich das? – Ich musste mir in den letzten Jahren hier ja oft anhören, wie bald der Untergang Bayerns insbesondere dadurch hervorgerufen wird, dass unser Haushalt zu spät kommt. Ich glaube, wir haben hier im vorigen Jahr bei den Energiehilfen eine Stunde über den Untergang Bayerns diskutiert, weil alles zu spät kam. Der Hauptvorwurf als ein alljährliches Ritual mir gegenüber war immer: Es ist alles zu spät.

Fakt ist: Es wurden stets gute Lösungen gefunden. Wir kehren so schnell wie möglich zur Normalität zurück. Der Doppelhaushalt 2024/2025 sorgt zwei Jahre für Stabilität. Das Thema, es sei etwas zu spät, wird jedenfalls 2025 sicher keine Rolle mehr spielen.

Meine Damen und Herren, wir stellen Normalität her. Erstens ist sichtbar: Wir machen wieder einen Doppelhaushalt. Zweitens. Wir wickeln den Sonderfonds Corona-Pandemie ab. Drittens. Wir lösen den BayernFonds auf. Viertens. Wir wickeln die Energie-Härtefallhilfe ab.

Wir planen die Rückkehr zur Haushaltsnormalität trotz weiterhin multipler Krisen und obwohl es auch in dieser Situation schwierig ist zu planen. Wir trauen uns wieder einen Doppelhaushalt zu. Wir überholen damit auch alle Kritiker, die uns wieder erklären, was für 2024 zu spät wäre. Wir planen auch das Jahr 2025 mit. Da muss man in Berlin zuerst einmal nachlegen, meine Damen und Herren. Wir machen hier Haus-

haltspolitik im Einvernehmen: rasch, zügig, zukunftsorientiert und ohne riesige Debatten. Ich bin mal gespannt, wie die Freunde von der Ampel das im Bund hinbekommen.

Wir haben dort im Übrigen stets unsere Unterstützung angeboten: bei den Fragen der Verfassungsmäßigkeit der vergangenen Haushalte; bei den Fragen zur Schuldenbremse; bei den Fragen, wie man Wachstum organisiert. Wir haben dazu unglaublich viele Vorschläge – Steuervorschläge und all die Dinge – eingebracht. Alleine darüber könnte man stundenlang sprechen. Es ist alles abgelehnt worden. Die Ampel möchte lieber im eigenen Saft schmoren.

Im Übrigen stimmt es ja: Die Bayerische Verfassung sieht vor, dass man den Haushalt grundsätzlich vor Beginn eines Rechnungsjahres verabschiedet. Die Verfassung ist aber etwas klüger als viele Schreier. Die Verfassung regelt ohne großes Trara auch den Fall, dass das mal nicht geht. Die Verfassung erkennt an, dass eine spätere Verabschiedung einmal unvermeidbar sein kann. Dort steht ganz lapidar: "Wird der Staatshaushalt im Landtag nicht rechtzeitig verabschiedet, so führt die Staatsregierung den Haushalt zunächst nach dem Haushaltsplan des Vorjahres weiter."

Das steht dort. Dass man hier ständig nichts anderes als die Debatte führt, wann etwas zu früh oder zu spät ist, ist deswegen so interessant, weil ich hier insbesondere von den GRÜNEN jährlich zum Verfassungsbruch aufgefordert werde. Jährlich werde ich dazu aufgefordert, endlich die Schuldenbremse nicht einzuhalten, endlich Schulden zu machen und gegen die Bayerische Verfassung zu verstoßen. Diejenigen, die mich ständig dazu auffordern, gegen die Verfassung zu verstoßen, erklären mir, dass es der Untergang des bayerischen Landes wäre, wenn Haushalte zu spät eingebracht werden, meine Damen und Herren. Das ist schon bemerkenswert.

Wir haben trotz der Herausforderungen in den Krisenjahren natürlich auch für diesen Fall vorgesorgt. Wir haben den Doppelhaushalt sofort nach der Landtagswahl und nach den Koalitionsverhandlungen begonnen. Die Koalitionsverhandlungen in Bayern

dauerten übrigens die Rekordzeit von 18 Tagen. Ich weiß nicht, ob es so etwas irgendwo anders auch gibt.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Das war sicher für niemanden, der politisch gut und klug beobachtet, eine Überraschung. Es ist hier der Regelfall, dass der Haushalt nach Landtagswahlen im Herbst etwas später kommt; wir haben das sofort nach dem Koalitionsvertrag gemacht. Vorläufige Haushaltsführung ist etwas, was nicht neu und nicht schwierig ist; alle Probleme sind gelöst.

Ich möchte auch Folgendes sagen: Der weitere Verlauf liegt in der Hand des Landtages. Es gibt keinen Stillstand. Die Hysterie der Opposition ist auch in diesem Jahr völlig unnötig. Die Verwaltung funktioniert. Der Dienstbetrieb läuft wie gewohnt auf Hochtouren. Die Auszahlungen gesetzlicher Leistungen erfolgen. Laufende Förderprogramme werden fortgesetzt, und für spezielle Probleme werden immer Lösungen gefunden. Nicht die GRÜNEN finden die Lösungen, sondern die Staatsregierung. Deswegen sage ich Ihnen: Lieber eine vorläufige Haushaltsführung in Bayern als eine Dauer-Ampel-Haushaltschaos-Situation in Berlin, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir sollten uns nichts vormachen. Haushaltsplanung bleibt kompliziert. Mein Ziel ist es nicht, einfach Zufall durch Irrtum zu ersetzen, sondern wir müssen qualifiziert planen, bestmöglich planen und alles zum Wohle der Menschen umsetzen.

Meine Damen und Herren, dieser Haushaltsplan ist leider von etwas geprägt, auf das ich nur wenig Einfluss habe. Die Situation in Deutschland ist geprägt von fehlenden Einnahmen. Warum? – Weil die deutsche Wirtschaft im Jahr 2023 geschrumpft ist, nämlich minus 0,3 % gegenüber 2022. Der Ausblick für 2024 ist dramatisch. Die Konjunkturerwartungen trüben sich. Der Bundeswirtschaftsminister bezeichnet die Lage in

Deutschland als "dramatisch schlecht". Meine Damen und Herren, das ist ein Zitat. Der Bundesfinanzminister bezeichnet die Lage in Deutschland als "peinlich und in sozialer Hinsicht gefährlich". Meine sehr geehrten Damen und Herren, auch das ist ein Zitat.

Dieselbe Bundesregierung, die noch im Oktober 2023, also vor wenigen Monaten, prognostiziert hatte, wir würden im Jahr 2024 ein Wirtschaftswachstum von 1,3 % bekommen, geht jetzt von einem Wirtschaftswachstum von 0,2 % aus.

Es gab einmal einen Bundestagsabgeordneten, der hat im Deutschen Bundestag eine rote Laterne auf das Rednerpult gestellt. Sein Name ist Ernst Hinsken. Meine Damen und Herren, wenn jemand diese rote Laterne dabei hätte, könnte er sie wieder hinstellen. Wir haben in wirtschaftlicher Hinsicht die rote Laterne – bei IWF und bei OECD. Die Bundesrepublik Deutschland belegt beim Wirtschaftswachstum den vorletzten Platz. Die zuständigen Bundesminister erklären, die Lage ist "dramatisch schlecht", die Lage sei "peinlich und in sozialer Hinsicht gefährlich". Meine Damen und Herren, die zuständigen Bundesminister sollten schleunigst etwas tun, damit die Lage in unserem Land wieder besser wird.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Thomas Huber (CSU): Bravo!)

Diese verfehlte Wirtschaftspolitik der Ampel macht uns in der EU zum Problemfall. Die Steuerprognosen sind schlecht. Die Mai-Steuerschätzung wird kein Spaß werden. Ich mache mir große Sorgen. Wir haben immer noch die alten Herausforderungen: Krieg in der Ukraine, Konflikt im Nahen Osten, Fluchtgeschehen, Migration, Inflation, Zinsen usw.

Meine Damen und Herren, die Unternehmensinvestitionen in Deutschland sind mittlerweile rückläufig. Welch ein Alarmsignal! Wir haben für den Haushalt jenseits der Investitionen, die wir gegen Krisen tätigen, zusätzliche Herausforderungen – Investitionen gegen Krisen. Dennoch gibt es weitere Herausforderungen.

Zur Personalkostensituation: Meine sehr geehrten Damen und Herren, ich danke den Beschäftigten im öffentlichen Dienst in Bayern – denen in den Verwaltungen, bei den Sicherheitsbehörden, in den Schulen und Hochschulen, überall an den Gerichten, in den Finanzämtern und an den Stellen, die ich jetzt nicht explizit nenne. Ihnen allen sei ausdrücklich gedankt. Ich weiß, dass der öffentliche Dienst in Bayern eine Grundlage dafür schafft, dass unser Staatswesen so funktioniert, wie es funktioniert, nämlich hervorragend und in einer Weise, um die uns andere Länder beneiden. Deswegen gilt mein ausdrücklicher herzlicher Dank allen Beschäftigten im öffentlichen Dienst des Freistaates Bayern.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER und der AfD)

Aber natürlich kann ich nicht verschweigen, dass uns dieser Tarifabschluss massiv fordert. Ja, es sind im Doppelhaushalt 4,25 Milliarden Euro mehr für das Bestandspersonal eingeplant. Ja, die Alimentation setzen wir verfassungsmäßig um. Wir beginnen mit den Verbesserungen unter dem Stichwort "Besoldung nach A 13 für alle" und Folgeforderungen überall. Wir beginnen mit der Tilgung von Schulden. Wir nehmen keine neuen Schulden auf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, in Berlin nimmt man zur Deckung des Haushalts 2024 sage und schreibe 39 Milliarden Euro neue Schulden auf. Warum muss ich mir dann von Angehörigen der Ampel-Parteien in Bayern überhaupt anhören, dass Haushaltspolitik bei uns auch nur irgendwo Schwächen haben könnte? Das ist mir ein Rätsel. Wir in Bayern nehmen keine neuen Schulden auf. Für unsere Bürgerinnen und Bürger machen leider die in Berlin die 39 Milliarden Euro Schulden. Pro Kopf heruntergerechnet bedeutet das auch ein Desaster für die Bürgerinnen und Bürger in Bayern. Wir wirtschaften in Bayern haushaltspolitisch solide.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Mit welcher Leidenschaft bin ich jedes Jahr aufgefordert worden, insbesondere von den GRÜNEN, doch endlich mehr Schulden aufzunehmen: "Schulden muss man ma-

chen!" Das große Konzept für die Zukunft sei, Schulden zu machen. Wir hatten in Bayern einen Kreditrahmen von 20 Milliarden Euro zur Bewältigung der COVID-Herausforderungen. Zum Schluss haben wir davon nur 10,2 Milliarden Euro ausgeschöpft. Ich gebe zu: Ich bin manchmal ein bisschen kleinlich; denn mein Ziel ist es eben nicht, neue Schulden aufzunehmen, sondern ich bin für so wenig neue Schulden wie möglich.

Wir steigen in die Tilgung ein. Der bayerische Haushalt war immer transparent, und zwar auch während der schwierigen Zeiten der letzten Jahre. Das Bundesverfassungsgericht hat klare Leitplanken gezogen. Meine Damen und Herren, anders als im Bund und in anderen Ländern mussten wir nicht eilig einen Nachtragshaushalt nachschieben. Wir mussten keine verfassungswidrigen Sondervermögen korrigieren. Wir mussten auch keine zugesagten Mittel streichen, wie das in Berlin an der Tagesordnung ist. Deswegen möchte ich die Belehrungen, die ich jedes Jahr bekomme, für diese Fragen schon einmal vorläufig nach dem, was ich gestern gelesen habe, zurückweisen. Bei uns wird solide und transparent gewirtschaftet. Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Menschen können sich auf das verlassen, was wir beschließen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich sage auch in aller Ehrlichkeit: Ich habe es langsam satt. In diesem Land beschäftigen sich mittlerweile offensichtlich viele Experten mit der Frage: Wie kann man die Schuldenbremse verfassungskonform oder auch nicht verfassungskonform umgehen? Wie kann man endlich wieder Schulden machen, damit man alle Probleme lösen kann? Ich kann diese Diskussion nicht mehr ertragen. Ich wünsche mir vielmehr, dass sich die Experten im Land Gedanken machen, was wir tun müssen, damit wieder mehr Steuern erwirtschaftet werden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, das ist doch die entscheidende Frage.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Nicht die Tatsache, dass es eine Schuldenbremse gibt, macht uns Schwierigkeiten, sondern die Tatsache, dass uns die Wirtschaft leider in der Weise wie vorher beschrieben in den letzten Monaten große Sorgen bereitet und die Lage auch nicht rasch wieder besser wird.

Die Schuldenbremse zwingt uns dazu, Prioritäten zu setzen; aber in Notlagen können wir auch Probleme lösen. Meine Damen und Herren, Schuldenbremsen verhindern auch Zinslasten. Auch das möchte ich hier einmal thematisieren. Denen, die immer schuldenverliebt dazu auffordern, neue Schulden aufzunehmen, um Probleme zu lösen und Fonds aufzusetzen, sage ich: Schulden kosten Geld. Sie haben sicher schon mal gehört hat: Es gibt Zinsen. Schulden führen zu Zinsverpflichtungen. Selbst dann, wenn das Schuldenmachen erlaubt wäre, blieben die Zinsen, meine Damen und Herren. Deshalb halten wir selbstverständlich auch in den Jahren 2024 und 2025 die Schuldenbremse wieder ein – mehr noch: Wir machen keine neuen Schulden.

Das ist ganz interessant: In Berlin nimmt man 39 Milliarden Euro neue Schulden auf, und zwar im Rahmen der Regeln der Schuldenbremse! Vielleicht ist verfassungsmäßig und juristisch alles korrekt; aber den Leuten zu erklären, man halte sich an eine Schuldenbremse, baue jedoch gleichzeitig 39 Milliarden Euro neue Schulden auf, ist, meine Damen und Herren, politisch mindestens eine Farce. Wir nehmen in Bayern keine neuen Schulden auf.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Die Zinsen im Bundeshaushalt werden natürlich zum Bumerang. Sie müssen auch bezahlt werden, wenn die Regierung vernünftigerweise mal wieder wechselt. Deswegen sage ich: Ich teile die Sehnsucht nach neuen Schulden nicht.

Die GRÜNEN und der DGB haben mich dieser Tage wieder dazu aufgefordert, endlich wieder neue Schulden aufzunehmen. Wir investieren, und wir haben uns selbst eine Ausgabendisziplin auferlegt, die alle Ressorts und die Staatskanzlei erbringen. Der Konsolidierungsbeitrag im Doppelhaushalt beträgt jährlich 571 Millionen plus weitere

Gegenfinanzierungen in Höhe von 137 Millionen Euro. Wir konsolidieren selbst um 1,28 Milliarden Euro im Doppelhaushalt. Deshalb wird auch nichts "ausgeplündert".

Ich habe gestern etwas Interessantes gelesen: Wir würden die Rücklage "ausplündern". Wie schnell kann man nur Folgendes vergessen: Im letzten Jahr hatten wir eine Rücklagenentnahme von 3,5 Milliarden Euro. Dann wurde mir erklärt: Jetzt ist die Rücklage leer, jetzt ist sie ausgeplündert. Das ist immer die Meinung, die Rücklage würde nur ausgeplündert. Auf die Idee, dass da auch mal wieder etwas reinkommen kann, kommt nicht jeder, der hier Haushaltspolitik macht. Voriges Jahr haben wir 3,5 Milliarden entnommen, in diesem Jahr sind es 2,4 Milliarden und nächstes Jahr 2,6 Milliarden. Meine Damen und Herren, hier wird nicht ausgeplündert, sondern wir führen die Rücklagenentnahme deutlich um mehr als eine Milliarde Euro pro Jahr im Vergleich zum letzten Jahr zurück. Warum machen wir das? – Weil wir es verantworten können.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Weil nichts mehr drin ist!)

– Frau Köhler, wenn nichts mehr drin wäre, könnte man auch nichts entnehmen. Dass Sie das nach all den Jahren Haushaltspolitik noch immer nicht durchdrungen haben, macht mir zwar Sorgen, macht aber das Problem nicht automatisch kleiner oder größer.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Warum machen wir das? – Weil wir weiter investieren wollen. Das ist der einzige Grund.

Die Eckdaten dieses Doppelhaushaltes lauten: 149 Milliarden Euro für die nächsten zwei Jahre. Jetzt kommt die entscheidende Zahl: 22,4 Milliarden Euro davon sind Investitionen. Die Investitionsquote beträgt 15 %. Jetzt noch mal ein haushälterischer Exkurs: Die Rücklagenentnahme und die Investitionsquote sind gleichsam kommunizierende Röhren. Wir haben 15 % Investitionsquote, ist gleich 22,4 Milliarden Euro.

Nordrhein-Westfalen, ein Land, das man durchaus mit uns vergleichen kann, hat eine Investitionsquote von 11 %. Hätten wir in Bayern eine Investitionsquote von 11 %, meine Damen und Herren, würden wir 16,4 Milliarden Euro investieren und nicht 22,4 Milliarden. Wir würden also bei derselben Investitionsquote wie Nordrhein-Westfalen im Doppelhaushalt 6 Milliarden Euro weniger investieren. Wer jetzt gut mitgerechnet hat, der erkennt: 5 Milliarden Euro entnehmen wir aus der Rücklage, damit wir die 6 Milliarden Euro investieren können, die in Nordrhein-Westfalen nicht investiert werden. Ich stehe zu dieser Rücklagenentnahme, weil sie ausschließlich dazu dient, dass wir in Bayern mit Investitionen Krisenbewältigung und Zukunftsgestaltung betreiben können. Würden wir uns genauso verhalten wie Nordrhein-Westfalen, bräuchte ich keinen Euro aus der Rücklage zu entnehmen, und ich hätte noch eine Milliarde Euro zusätzlich erwirtschaftet. Seien Sie doch froh, dass wir in Bayern in der Lage sind, ohne Schulden zu investieren und unser Land voranzubringen! Das ist doch die entscheidende Botschaft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Gestern habe ich gelesen, wir würden Tafelsilber verkaufen. Meine Damen und Herren, wer aus der Rücklagenentnahme ausschließlich für Investitionen auf höchstem Niveau folgert, wir würden Tafelsilber verkaufen, der irrt sich. Investitionen in Höhe von 22,4 Milliarden Euro sind kein Verkauf von Tafelsilber, sondern wir kaufen mit diesen Investitionen Tafelsilber in Bayern, meine lieben Freunde. Darauf können wir wirklich stolz sein.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Die Fakten bleiben: Wir machen keine großen Einsparaktionen wie Berlin, wir belasten niemand einseitig wie Berlin. Um 39 Milliarden Euro Schuldenlast, die man offensichtlich benötigt, teilweise zu refinanzieren, war die jüngste Idee, man könnte doch von den Bauern 450 Millionen Euro einbehalten. Das Stichwort heißt Agrardiesel.

(Ministerpräsident Dr. Markus Söder: Hört, hört!)

Man sollte dem Bundesfinanzminister eigentlich mal einen Taschenrechner schicken, wenn er solche Rechnungen anstellt – 39 Milliarden Euro minus 450 Millionen Euro –, damit er mal auf die Idee kommt, dass so etwas schwierig ist. Bauernopfer wie in Berlin, meine Damen und Herren, brauchen wir in Bayern nicht zu machen. Das Berliner Bauernopfer ist schädlich für die wirtschaftliche Entwicklung in unserem Land.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir organisieren Rekordausgaben für unsere Kommunen: 11,4 Milliarden Euro kommunaler Finanzausgleich, 4,44 Milliarden Euro Schlüsselzuweisungen – ein Zuwachs von 4,1 % –, Hochbau: 1,07 Milliarden Euro – so viel wie nie –, die Krankenhausfinanzierung ist bedarfsgerecht, mit den Kommunen konsentiert: 800 Millionen Euro.

Meine Damen und Herren, wir haben für die Kommunen nicht nur den kommunalen Finanzausgleich im Haushalt. Die gesamten Ausgaben in unserem Haushalt, die in allen Bereichen den Kommunen zugutekommen, betragen 2024 gut 21,25 Milliarden Euro – mehr denn je. Über 29 % des gesamten bayerischen Haushalts gehen auf unterschiedlichsten Wegen an die Kommunen. Ja, es könnte noch mehr sein; selbstverständlich könnten die Kommunen noch mehr brauchen, ich auch, meine Damen und Herren. Die Kommunen haben große Herausforderungen, der Staat auch. Wir müssen darauf achten, dass diese Schicksalsgemeinschaft zusammenbleibt. Wir unterstützen die Kommunen, wo es geht.

Gestern musste ich lesen, wir würden zum Beispiel bei der Freibadförderung nur noch 10 Millionen Euro geben. Jemand mit haushaltspolitischer Erfahrung sollte immer zusammenzählen, was im Jahr ausgegeben wird und was verplant werden kann: 10 Millionen Euro in Geld plus 20 Millionen Euro Verpflichtungsermächtigung sind 30 Millionen Euro. Ich schreibe doch kein Geld in den Haushalt, das 2024 gar nicht gebraucht wird, weil gar nicht so viel abfließt, weil es gar nicht so viele Baumaßnahmen gibt. Dafür gibt es Verpflichtungsermächtigungen im Haushalt. Deswegen haben wir zur Unterstützung der Bäder nicht weniger Geld im Haushalt, sondern sogar mehr. Das ist

die Realität. Ich bitte, wenigstens keine Unwahrheiten zu verbreiten, wenn schon ständig ritualisiert auf unseren Haushaltsplanungen herumgeritten wird, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Der größte Posten ist die Bildung mit 52 Milliarden Euro: 4.100 Stellen für die Schule, A 13 als Einstiegsamt, 300 Millionen Euro für mobile Endgeräte und, und, und.

370 neue Stellen gibt es für Wissenschaft und Kunst. Der Freistaat Bayern zählt übrigens 404.000 Studentinnen und Studenten, so viele wie nie. Der Anteil der Erstsemester steigt weiter. Wir haben einen bundesweit einmaligen Aufwuchs an unseren Hochschulen. Der Haushalt umfasst rund 14 Milliarden Euro. Zusätzliche Mittel gibt es für Technologietransferzentren, für die Uniklinika, den Medizincampus Niederbayern, die Highmed Agenda, die Hightech Agenda – 1,1 Milliarden Euro: 900 Millionen bei der Wissenschaft, 200 Millionen bei der Wirtschaft. Sogar für Kunst und Kultur gibt es 50 Millionen Euro mehr: für Denkmalpflege, nichtstaatliche Theater, für die freie Kunstszene, für die Digitalisierungsoffensive in diesem Bereich.

Wir bleiben ein Familienland. Wir fördern Kindertageseinrichtungen. Überall gibt es mehr: Betriebskostenzuschüsse an die Kitas: weit über 2,5 Milliarden, Beitragszuschuss Kita: 550 Millionen Euro, Krippengeld: 50 Millionen Euro. In diesem Doppelhaushalt, meine Damen und Herren, stehen rund 6,9 Milliarden Euro Ausgaben des Freistaates Bayern zur Unterstützung der Kinderbetreuungseinrichtungen oder der Eltern zur Betreuung ihrer Kinder plus 1,5 Milliarden Euro Familiengeld. Das gibt es nur in Bayern. 6,9 Milliarden Euro plus 1,5 Milliarden Euro – jeder kann sich das selber ausrechnen – sind eine Ansage, eine Zusage an die bayerischen Familien. Sicherlich beneiden uns Familien in allen anderen Bundesländern darum. Wir machen das, wir setzen das um, es ist zugesagt. Wir helfen jungen Leuten bei der Herausforderung, ihre Familien gut zu führen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN – Thomas Huber (CSU):
Bravo!)

Für die Technologieförderung gibt es 330 Millionen Euro, 600 Millionen Euro für gemeinsam finanzierte Forschungseinrichtungen, 168 Millionen Euro für IPCEI-Projekte für Mikroelektronik, Wasserstoff, Batterien.

Innere Sicherheit und Recht: Polizei: 640 Stellen, Justiz: 350 Stellen. Wir sind das sicherste Land. Darauf sind wir stolz. Das Polizeibudget bringt das zum Ausdruck. 14,7 % mehr in 2024, alleine 1,12 Milliarden Euro im Doppelhaushalt für das Polizeibudget. 430 Millionen Euro für Digitalfunk. Rettungsdienst: 2023 55 Millionen Euro, 2024 101 Millionen, 2025 90 Millionen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, wenn man sich diese Steigerungen betrachtet, muss man doch wirklich sagen: Seien wir froh und stolz darauf, dass wir in Bayern uns das noch leisten können.

Die Unterbringung von Asylsuchenden fordert uns massiv. Natürlich sind wir auch hier das kommunalfreundlichste Land. Ich nenne hier die Zahl: im Doppelhaushalt 5,2 Milliarden für den gesamten Bereich Zuwanderung und Asyl. Ich bin ständig ermahnt worden, wir müssten das gesamte Geld vom Bund weitergeben. Es ist fast schon grotesk, wenn man sich die Zahlen anschaut: 5,2 Milliarden Euro im Doppelhaushalt für Zuwanderung und für Asyl, für die Herausforderungen, die wir in unserem Land haben. Wissen Sie, wie viel wir vom Bund erwarten? – Per annum 277 Millionen Euro. Diesen Betrag kann jeder gut mit zwei multiplizieren. Und da diskutiere ich und muss mich manchmal dafür rechtfertigen, dass wir angeblich irgendwo 38 Millionen Euro nicht weitergeben. Das ist geradezu ein Witz! Wir geben ein Mehrfaches und ein X-Faches dessen aus für eine Aufgabe, für die uns eigentlich der Bund das Geld geben müsste. Er enthält es uns aber vor.

Verkehr und Wohnen: Die Schnapsidee des Bundes, das sogenannte Deutschlandticket, wird bei uns finanziert. Wir benötigen 1,3 Milliarden Euro, Gelder von Bund und

Land im Doppelhaushalt, damit die Menschen das sogenannte 49-Euro-Ticket erwerben können bei einer Infrastruktur, die leider ausgebaut werden müsste. Ich sage das als Finanzminister unter dem Aspekt "Investition". Stellen Sie sich mal vor, wir hätten in Bayern im Jahr 635 Millionen Euro zur Verfügung, um Investitionen in die Bahninfrastruktur vorzunehmen, und das fünfmal – das sind über 3 Milliarden Euro –, und dann das Ticket zu sponsern für eine Infrastruktur, die optimal ist. Ich will es nicht weiter kommentieren. Jedenfalls betragen allein die Landesmittel pro Jahr 317 Millionen Euro. Und das Bekenntnis des Bundes zu einer tragfähigen Weiterfinanzierung fehlt bisher jedenfalls.

Unser Eigentum verlottert nicht: 1,1 Milliarden Euro geben wir für die Staatsstraßen. Die Wohnungsbaumilliarde wurde gestern diskreditiert. Ich habe mir die Zahlen geben lassen: Für Wohnungsbau in Bayern werden 2024 im Haushalt 1,1 Milliarden Euro ausgegeben, 2025 1,2 Milliarden Euro. Wer es nicht glaubt, dem kann man es vorrechnen. Im Übrigen kommen dazu noch die Bayern-Darlehen, welche durch das Bayerische Zinsverbilligungsprogramm weitere Investitionen in Höhe von 250 Millionen Euro im Doppelhaushalt erzeugen.

Auch im Bereich Gesundheit und Pflege wird all das, was zugesagt wurde, finanziert. Die Ausgaben für Prävention und Gesundheitsschutz werden deutlich erhöht. 40 Millionen Euro gibt es für die Digitalisierung, 25 Millionen für das Förderprogramm zur Unterstützung kleiner Krankenhäuser. Auch bei der Förderung von Tagespflegeplätzen und Pflegeheimen kommt es zu einer Steigerung der Mittel auf mittlerweile 144 Millionen Euro. Wir kürzen auch nicht bei den Schwächsten: 890 Millionen Euro Landespflegegeld. Meine Damen und Herren, die Sportförderung gehört auch zur Gesundheit. 2023 standen dafür 82 Millionen Euro zur Verfügung, 2024 und 2025 stehen dafür pro Jahr durchschnittlich 108 Millionen Euro zur Verfügung, also eine deutliche Erhöhung.

Wir digitalisieren Bayern weiter: 480 Millionen Euro sind für die Glasfaser vorgesehen. Das Förderprogramm wurde wirklich entbürokratisiert. Wenn dieser Haushalt vollzo-

gen ist, haben wir knapp 3 Milliarden Euro an bayerischen Steuergeldern für den Glasfaserausbau gegeben, eine Aufgabe, für die wir überhaupt nicht zuständig sind. Zuständig ist die Telekommunikationswirtschaft und selbstverständlich der Bund. Wir haben es trotzdem getan, zusammen mit den Kommunen. Jeden Tag wird versucht, diese großartige Leistung schlechtzureden. Es ist der erfolgreichste Infrastrukturausbau der letzten Jahre und Jahrzehnte. Und wir machen weiter mit der Glasfaser für alle. Die Kommunen, die das Förderprogramm in Anspruch nehmen, bekommen auch ihr Geld, jedenfalls das bayerische. Beim Bundesgeld schaut es etwas schwieriger aus. Da kommt viel weniger, als wir bräuchten. Die Kofinanzierung ist gesichert. Wir machen weiter.

Wir digitalisieren die Staatsverwaltung mit allein fast 400 Millionen Euro für den IT-Betrieb, die Infrastruktur der Steuerverwaltung und die BayernLabs. 26 Millionen Euro für die Unterstützung der Kommunen beim Online-Zugangsgesetz. Wir finanzieren 50 % der kommunalen BayernPackages, der EfA-Leistungen. All das habe ich selber mit den kommunalen Spitzenverbänden verhandelt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Das muss jetzt nur noch vollzogen werden. Dann ist auch hier alles, was finanziell notwendig ist, mit diesem Haushalt längst abgebildet.

Wir stehen zu den Bauern. Da kenne ich mich aus. Da brauche ich keine langen Vorträge zu halten. Der Bundesfinanzminister steht in Berlin vor zehntausend Bauern und erklärt denen, er ist auch ein Landwirt, weil er schon mal einen Pferdestall ausgemistet hat.

(Heiterkeit bei der CSU, den FREIEN WÄHLERN und der AfD)

Manchmal rate ich ihm, dass er vielleicht den Saustall ausmisten soll, den er in Berlin teilweise verursacht.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD)

Deswegen gibt es bei uns nicht nur Demogeschrei, sondern auch Hilfen für die Bauern: KULAP, Investitionsförderung, Tierwohlförderung, Einstieg in den Zukunftsvertrag Landwirtschaft. Was geht leider zurück? – Die GAK-Mittel des Bundes. Wir helfen, wo es geht. Wir halten auch bei der Dorferneuerung, so gut es irgendwie möglich ist, mit bayerischen Mitteln dagegen. Alles kann man nicht ersetzen. Der Bund spart beim ländlichen Raum – wir geben 1,9 Milliarden Euro pro Jahr in den Landwirtschaftsetat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Beim Umwelt- und Verbraucherschutz gibt es einen deutlichen Aufwuchs. Die Klimaausgaben habe ich mir mal angeschaut: Jährlich geben wir weit mehr als 1 Milliarde Euro alleine für Klimamaßnahmen über alle Ressorts verteilt.

Meine Damen und Herren, wir gestalten in diesen schwierigsten Zeiten Zukunft. Unsere Antwort ist: Investition. Wir bleiben umsichtig und vorausschauend. Wir wollen künftigen Generationen nicht unsere Lasten, sondern kluge und gute Fundamente vererben. Wir wollen eine solide, zukunftsorientierte Haushaltspolitik fortsetzen.

Ich sage Ihnen zum Schluss: Wir wären sogar noch viel stärker. Aber wir müssen 9,1 Milliarden Euro pro Jahr bezahlen, Stichwort Finanzkraftausgleich. Ich will das nochmals sagen: 18 Milliarden Euro im Doppelhaushalt fehlen hier mindestens. Dann höre ich wieder: Ihr müsst solidarisch sein. – 3,4 Milliarden Euro hat der Freistaat Bayern in Jahrzehnten aus diesem Länderfinanzausgleich, wie er damals hieß, erhalten. 3,4 Milliarden Euro nicht per annum, sondern in Summe! Seit wir Zahlerland sind, haben wir bis zu diesem Haushaltjahr, in dem wir uns befinden, nun sage und schreibe 117 Milliarden Euro bezahlt. Ich kann nur noch auf eine baldige Entscheidung des Bundesverfassungsgerichts hoffen.

Aber ich habe eine Vision, die ich Ihnen abschließend schildern möchte: Müssten wir nur 50 % weniger bezahlen, hätten wir also 9 Milliarden Euro mehr im Doppelhaushalt, die wir ausgeben könnten, dann wären das zweimal die durch die Tarifsteigerung erhöhten Personalkosten. Wir könnten fast die kompletten Kosten im Doppelhaushalt für

die Migration bezahlen. 40 % aller Investitionen im Doppelhaushalt könnten wir damit bezahlen. Knapp 80 % des kommunalen Finanzausgleichs allein für das Jahr 2024 könnten wir damit bezahlen bei einer Reduktion der Zahlungen um nur 50 %. Wir würden dann immer noch 9 Milliarden Euro Finanzkraftausgleich bezahlen. – Nein, wir sind nicht unsolidarisch, sondern nur darüber traurig, meine sehr geehrten Damen und Herren.

Ich sage das all denen, die finden, wir sollten noch mehr investieren. Das werden wir jetzt dann ja hören: Da könnten wir noch etwas brauchen, hier könnten wir noch etwas brauchen, hier habt ihr noch etwas vergessen. Gleichzeitig könnten wir bestimmt noch mehr tilgen und bestimmt noch viel mehr Ideen entwickeln. – Ich weiß das alles. Ich habe auch viele Ideen. Aber wir müssen auch im wahrsten Sinne des Wortes "haushalten". Wir verwalten öffentliche Gelder. Ich bedanke mich bei all denen, die das Geld erwirtschaften: bei den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, meine Damen und Herren. Sie sind es nämlich, die uns die Möglichkeit geben, Politik zu machen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der AfD)

Zwar sind deswegen nicht alle Wünsche zu stemmen, aber wir haben Rekordsummen in allen Bereichen. Wir sparen nicht ein – wir helfen. Wir investieren und wir kommunizieren ehrlich, auch am heutigen Tag. Die ehrliche Kommunikation ist, dass das ein Premiumhaushalt ist, meine sehr geehrten Damen und Herren, und dass wir weiter "Triple A" bleiben werden. Wir sind "Triple A"-geratet. Das sagen andere über uns, nicht wir über uns. Wenn diejenigen, die heute das schlechtreden wollen, was wir uns in Bayern erarbeitet haben, recht bekämen, meine Damen und Herren, dann würde es bald so ausschauen wie in Berlin. Dann hätten wir nicht "Triple A", sondern "Triple Z" oder irgendwas.

(Heiterkeit bei der CSU)

Das ist die Wahrheit. – Insofern sage ich Danke, dass wir gemeinsam Verantwortung für Bayern übernehmen. Ich lade Sie ein zu einer guten Diskussion in den Ausschüs-

sen. Ich freue mich jetzt schon, dass wir ab sofort in den nächsten Monaten mit viel Geschwindigkeit dafür sorgen werden, dass die Haushaltsjahre 2024 und 2025 mit einem Premiumhaushalt gut finanziert werden können. – Ganz herzlichen Dank.

(Anhaltender Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Staatsminister. – Die Gesamtredezeit der Fraktionen in der sich jetzt anschließenden Debatte beträgt nach Vereinbarung im Ältestenrat 111 Minuten und verteilt sich auf die Fraktionen wie folgt: CSU 34 Minuten, FREIE WÄHLER 21 Minuten, AfD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN jeweils 20 Minuten und SPD 16 Minuten.

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Andreas Jurca von der AfD.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Jurca (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kollegen! Wir besprechen heute den mit reichlicher Verspätung eingegangenen Entwurf des Doppelhaushaltes 2024/2025. Wir haben in den vergangenen Monaten immer wieder darauf hingewiesen, dass der Entwurf viel zu spät kommt. Nun befinden wir uns bis in den Juni hinein in der vorläufigen Haushaltsführung. Ein solches Vorgehen kritisieren wir als Rechtsstaatspartei natürlich.

Dass es aber überhaupt möglich ist, einen Staat ohne gültigen, beschlossenen Haushalt am Laufen zu halten, verdanken wir den Bürgern des Freistaates; die wertschaffenden Bürger halten das Land am Laufen – nicht wegen, sondern trotz der Staatsregierung.

(Beifall bei der AfD)

Daher an dieser Stelle, bevor wir uns dem eigentlichen Thema widmen, ein herzliches Danke an all jene, die sich täglich zur Arbeit mühen, um all das hier zu bezahlen. Vielen Dank!

(Beifall bei der AfD)

Der Haushalt sieht für das Haushaltsjahr 2024 ein formales Ausgabevolumen von 73,5 Milliarden Euro und für das Jahr 2025 ein formales Ausgabevolumen von 76,3 Milliarden Euro vor. Dass diese Wahnsinnssummen erst einmal erarbeitet werden müssen, gerät im Asyl- und Bürgergeldparadies Bayern oft in Vergessenheit. Doch die bayerischen Leistungsträger erinnern sich jeden Monat bitter daran, wenn sie sehen, wie wenig Netto vom Brutto ihnen der Staat übrig lässt. Wenn die CSU großspurig von einem Premiumhaushalt spricht, vergisst sie ganz offenkundig, dass der Bürger gerne weniger Premium für den Staat und mehr Premium bei sich zu Hause hätte.

(Beifall bei der AfD)

Sprechen wir über die Asylkosten. Was in Bayern aus dem Staatshaushalt an Asyllleistungen gezahlt wird, ist niemandem mehr vermittelbar. Schon seit Jahren zahlt Bayern im Durchschnitt 2,5 Milliarden Euro für Asyl- und Integrationsleistungen für Menschen, die nach deutschem Recht und auch nach EU-Recht nicht einmal in Deutschland sein dürften.

In diesem Doppelhaushalt sind mehr als 5,2 Milliarden Euro nur für Asylforderer eingeplant – 2,7 Milliarden Euro davon 2024 und mehr als 2,5 Milliarden Euro 2025. Dieses Geld wird ausschließlich für die Illegalen verwendet, und das ist nur der Beitrag Bayerns. Von diesen Asylforderern werden laut BAMF regelmäßig weniger als 1 % als tatsächlich Asylberechtigte anerkannt. Stellen Sie sich einmal vor, über wie viele verschiedene Stellen ein bayerischer Arbeitnehmer belastet wird, um diesen Wahnsinn zu bezahlen.

Aus dem Bundeshaushalt fließen jährlich mehr als 25 Milliarden Euro für Asyl und Migration; der Freistaat zahlt nochmals 2,7 Milliarden Euro für Asyl und Integration. Das Bürgergeld und die Leistungen aus der Krankenversicherung sind da noch nicht einmal eingerechnet. Hinzu kommt der massive Verlust an Lebensqualität durch die exorbitante Kriminalität auffälliger Einwanderergruppen. Dieser Verlust lässt sich in Zahlen gar nicht ausdrücken. Dass kein Ende in Sicht ist, zeigen die 330.000 Asylanträge allein im letzten Jahr. Die Frage ist nicht, ob das auf Dauer finanzierbar ist; die Frage ist, warum wir jemals auch nur einen einzigen Euro für die Illegalen ausgegeben haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Ich möchte bei dieser Gelegenheit aber auch ganz klar betonen: Wir als AfD haben uns niemals gegen jene Ausländer ausgesprochen, die auf legalem Weg in unser Land gekommen sind, für ihren Unterhalt selbst aufkommen, die Kultur respektieren und die Gesetze achten.

(Beifall bei der AfD)

Aber sprechen wir auch ein wenig über die Energiepolitik. Die wirtschaftliche Entwicklung in Bayern und in Deutschland ist nicht zuletzt auf die desaströse Klimapolitik zurückzuführen. Dass die Ampel-Politik unverantwortlich und chaotisch ist, ist jedem Beobachter klar. Anstatt zur Kernkraft zurückzukehren, wird jetzt auf Bundesebene von Habeck über die zuvor dämonisierte CO₂-Speicherung referiert. Die GRÜNEN sind planlos – das wissen wir. Wir hier in Bayern betreiben aber das Gleiche. In seiner Erklärung zum Klimaland Bayern hat Ministerpräsident Söder versprochen, bis zum Jahr 2040 rund 22 Milliarden Euro aus dem Staatshaushalt für das Klima auszugeben. Der Bayer darf nun 40 % mehr für Energie ausgeben als noch vor Corona. Er darf keine Kernkraft haben, aber mit seinem Geld das Klima retten. Die Altparteien in Bund und Land haben verschiedene politische Ziele. Ein gutes Leben für den Steuerzahler ist nirgends Priorität, außer bei der AfD.

Zu den Schulden des Freistaates. Durch die Maßnahmen der Bundes- und der Staatsregierung in der Corona-Pandemie sind die Schulden in Bayern auf über 36 Milliarden Euro angestiegen. Hätten wir als AfD-Fraktion nicht gegen den Haushalt 2020 geklagt, wären es noch viele Milliarden mehr. Trotzdem stehen wir jetzt vor einem Berg von Schulden, der die zukünftigen Generationen belasten wird.

Die Schuldentilgung für die Corona-Kredite sollte ab 2024 pro Jahr mindestens eine Milliarde Euro betragen – so wurde es 2020 im Zweiten Nachtragshaushalt beschlossen. Mittlerweile kann davon keine Rede mehr sein. Tatsächlich tilgt die Staatsregierung pro Jahr nur 50 Millionen Euro des 36-Milliarden-Euro-Schuldenbergs. Als Finanzminister hatte Ministerpräsident Söder noch das Ziel "Bayern schuldenfrei 2030" ausgegeben. Wer kann sich eigentlich noch daran erinnern? Man hatte geprahlt, dass durch die Änderung des Länderfinanzausgleichs so viel Geld frei wird, dass man zusätzlich mehrere Milliarden Euro pro Jahr tilgen kann und den Freistaat so bis 2030 schuldenfrei bekommen würde. Tatsächlich ist es aber so, dass der neue Länderfinanzausgleich Bayern so viel Geld aus der Tasche zieht, dass die CSU, die den Finanzausgleich ausgehandelt und den Bayern als Triumph verkauft hat, dagegen klagt. Und die Schuldenfreiheit? – Schon vor der Corona-Pandemie wurde die Schuldentilgung zurückgefahren, unter anderem um die Hightech Agenda und die Asylausgaben zu finanzieren.

Durch die Corona-Pandemie haben sich die Schulden so rasant entwickelt, dass wir mit der vorgeschlagenen Geschwindigkeit bis zum Ende des Jahrhunderts noch nicht schuldenfrei sind. Die Staatsregierung legt einen Finanzplan vor, bei dem in diesem und im nächsten Jahr nur 50 Millionen Euro Schulden getilgt werden sollen; ab 2026 sollen es dann 500 Millionen Euro sein. Doch in dieser Geschwindigkeit dauert die Rückzahlung der Corona-Kredite 20 Jahre, der Schulden im allgemeinen Haushalt 40 weitere Jahre und der Schulden der BayernLB nochmals 14 Jahre.

Weiter zum Schuldendienst. Die Zinsausgaben für die Schulden des Freistaates steigen laut Finanzplan der Staatsregierung immer weiter an. Schon 2026 überschreiten

sie den Betrag von einer Milliarde Euro. Im Jahr 2027 sollen es bereits 1,2 Milliarden Euro sein. Die Staatsregierung schreibt über den vorgelegten Haushalt, er sei solide, nachhaltig und generationengerecht. Doch wo ist die Generationengerechtigkeit für die Leute, die jetzt ihre Ausbildung machen, die jetzt ihre Familie gründen und in Zukunft auch noch einen gewissen Lebensstandard genießen möchten?

Zum "Triple A"-Rating habe ich mich jetzt nicht vorbereitet; ich möchte aber doch gerne auf den Herrn Finanzminister antworten. Ich weiß nicht, welchen Wert wir diesem "Triple A"-Rating zumessen sollten; denn wir haben doch damals in der Finanzkrise 2008 gesehen, was die Finanzprodukte, die von den Rating-Agenturen auch ein "Triple A" bekommen haben, ausgelöst haben. Herr Finanzminister, was das betrifft, würde ich mich an Ihrer Stelle zurückhalten.

Meine Damen und Herren, der Haushaltsentwurf beinhaltet viele Baustellen, auf die wir im Rahmen der Haushaltsdebatten noch ausgiebig eingehen werden. – Damit bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall bei der AfD)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist der Kollege Josef Zellmeier.

(Beifall bei der CSU)

Josef Zellmeier (CSU): Herr Präsident, werte Kolleginnen und Kollegen! Unser Finanzminister Albert Füracker hat es in seiner Einbringungsrede bereits gesagt: Wir haben einige Jahre der Krisenbewältigung hinter uns. Das ist uns in Bayern hervorragend gelungen. Wir haben in dieser Zeit aber immer auch gestaltet und tun dies jetzt weiter – und zwar mit dem Haushalt 2024/2025, der wieder ganz klare Zeichen für die Zukunft setzt. Dies ist uns auch wichtig.

An dieser Stelle möchte ich unserem Finanzminister Albert Füracker und der gesamten Staatsregierung für die hervorragende Planung, für den Entwurf, der vorgelegt

wurde, Danke sagen, aber auch Danke sagen für den konsequenten Haushaltsvollzug, der uns immer wieder neue Spielräume schafft.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Zu Beginn noch ein Hinweis, weil die Opposition beklagt, dass der Haushalt spät kommt, für manche zu spät. Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir schaffen alle Dinge, die wir schaffen wollen, ohne Probleme. Wir haben Ihnen allen, auch Ihnen von der Opposition, die Möglichkeit gegeben, bei diesem Haushalt mitzugestalten. Das ist der erste Doppelhaushalt nach den Corona-Jahren. Was würden Sie denn sagen, wenn wir das alles im Eilverfahren kurz nach der Wahl vorbereitet und schnell durchgezogen hätten? – Das wäre doch nicht der richtige Weg. Sie wollen mitbestimmen – das ist auch uns wichtig –, wobei wir Ihre Vorschläge, wie auch in der Vergangenheit, mangels Gegenfinanzierung vermutlich zwar zur Kenntnis nehmen, aber nicht annehmen werden.

Wenn Sie zurückschauen: Nach Landtagswahlen hatten wir in der Vergangenheit immer wieder Haushalte, die später eingebracht worden sind. So wurde der Doppelhaushalt 2019/2020 am 13. März 2019 und der Nachtrag 2014 am 26. März 2014 behandelt. Wenn man zurückschaut, findet man ähnliche Beispiele. Das ist also ein Sturm im Wasserglas und Aufregung um nichts.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, unser Finanzminister hat bereits auf das gute Rating hingewiesen, auch wenn das dem Kollegen von der AfD nicht gefällt. International ist die Finanzpolitik Bayerns angesehen. Wir werden wegen unseres soliden Schuldenmanagements überall anerkannt. Wir werden für die starke bayerische Wirtschaft, in der wir die richtigen Wegzeichen setzen, und für die rechtlichen Rahmenbedingungen gelobt, vor allem für die Planungssicherheit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, eines der großen Probleme, die wir in Berlin momentan spüren, ist: Die Wirtschaft, die Menschen sind verunsichert, weil man nicht planen

kann, weil rechtliche Vorgaben geändert und Förderprogramme gekürzt werden, weil Auflagen gestaltet werden, die den Menschen und der Wirtschaft nicht zuträglich sind.

Für uns ist Solidität wichtig. "Das ist manchmal etwas langweilig", werden einige sagen. Aber wir sind keine Hasardeure. Wir wollen einen soliden Haushalt. Wir wollen die Schuldenbremse einhalten. Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Schuldenbremse ist das Markenzeichen der CSU, unsere Erfindung, von uns propagiert, von uns durchgesetzt und – vor allem – von uns konsequent eingehalten.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Ich darf schon jetzt darauf hinweisen: Wir werden den Haushalt in einem scharfen Ritt im Haushaltsausschuss beraten, drei Wochen am Stück. Das war in früheren Zeiten deutlich länger. Wir werden alles tun, damit wir den Haushalt schnellstmöglich beraten, und Ihnen bis dahin die Zeit geben, um Änderungsanträge einzureichen.

Die Rahmenbedingungen, liebe Kolleginnen und Kollegen, sind schwierig. Wir hatten bei der Steuerschätzung im Oktober 2023 schlechtere Zahlen als im Mai 2023. Das war in der Vergangenheit nicht so. Wir hatten viele Jahre, in denen die Steuerschätzungen besser ausgefallen sind und in denen wir dann beim Jahresabschluss gesehen haben, dass die Einnahmen noch besser ausgefallen sind als die Steuerschätzung. Das macht es uns nicht leicht. Aber obwohl die Bundesregierung bei ihren Schätzungen danebengelegt hat, werden wir es wieder schaffen, wenn auch mit einer Rücklagenentnahme, diesen Haushalt ohne Neuverschuldung zu gestalten. Ich bin auch davon überzeugt, dass wir es beim Vollzug schaffen, die Rücklage weitestgehend zu schonen.

Wir haben schwierige Rahmenbedingungen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Die politische Unsicherheit, die von Berlin ausgeht, führt dazu, dass die Stimmung, die Verunsicherung in Deutschland so ist wie beim Brexit in Großbritannien. Stellen Sie sich das mal vor, wie beim Brexit in Großbritannien! Wenn man die Unternehmer, die Menschen befragt, dann stellt man eine ähnliche Verunsicherungsrate fest.

Die Belastungen für die Industrie, die Steigerung der Energiekosten, die Mauterhöhung, die CO₂-Steuer – überall Auflagen erhöht und Förderungen gekürzt. Das macht auch uns in Bayern zu schaffen.

Unser Finanzminister hat den Bundestagsabgeordneten Ernst Hinsken genannt, der damals in Berlin die rote Laterne an Kanzler Schröder überreicht hat. Das war übrigens damals mein Bundestagsabgeordneter. Die rote Laterne ist heute im Museum und zeigt auf, welche schwierigen Zeiten das waren. Nun kann man über Kanzler Schröder – ich bin kein Freund von ihm – denken, was man will. Aber er hat zumindest reagiert und agiert. Das tut die Ampel in Berlin nicht. Sie verwaltet das Chaos, und das in schlechter Art und Weise. Damit müssen wir zurechtkommen.

Ich nenne die hohen Kosten für Migration: fast 2 Milliarden Euro. In Berlin wird nicht gehandelt. Ich nenne die Inflation. Ich nenne den Länderfinanzausgleich, heute schon andiskutiert: 9,1 Milliarden. Mehr als die Hälfte des Länderfinanzausgleichs geht auf Kosten Bayerns. Kann das bei 15 % der Einwohner sein? – Deshalb klagen wir auch. Die Klage ist eingereicht. Ich denke, wir haben gute Chancen zu gewinnen. Obwohl Bayern solidarisch ist, wollen wir, dass der Länderfinanzausgleich so ausfällt, dass auch wir selbst Spielräume haben. Es kann nicht sein, dass soziale Leistungen in anderen Ländern bezahlt werden, die wir uns in Bayern nicht leisten, nur weil der Länderfinanzausgleich nicht mehr gerecht ist.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Schwierige Rahmenbedingungen sind auch die Besoldungserhöhungen, die unseren Beschäftigten zustehen. Ich will das ausdrücklich sagen. Die hohe Inflation macht das notwendig. Wir haben hervorragende Beamte und Angestellte im öffentlichen Dienst, die eine hervorragende Arbeit leisten. Wir bezahlen sie deutschlandweit am besten. Das wollen wir auch weiter tun. Aber auch das macht es uns nicht einfacher.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, vergleichen wir einmal den Bundeshaushalt, die Haushalte anderer Länder mit dem bayerischen Haushaltsentwurf. Der Bundeshaus-

halt hat ein Volumen von 477 Milliarden Euro, gut sechsmal das Volumen von Bayern. Gleichzeitig hat der Bund eine Zinslast von 7,9 %; das sind 37,7 Milliarden Euro. Knapp 40 Milliarden Euro – ich glaube, es sind 39 Milliarden Euro – werden vom Bund unter Ausreizung aller rechtlichen Möglichkeiten aufgenommen. Das heißt, der Bund nimmt Schulden auf, um Zinsen zu bezahlen. Das ist doch die falsche Entwicklung. Wir in Bayern haben 1 % Zinsbelastung. Wir in Bayern brauchen keine Schulden. Wir wollen auch keine Schulden machen, um Zinsen zu bezahlen, weil das die künftigen Generationen belastet.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir planen realistisch auf der Grundlage der Steuerschätzung. Wir machen auch nicht das, was der Bund gemacht hat. Wir machen eine globale Minderausgabe. Liebe Kolleginnen und Kollegen, der Bund rechnet mit globalen Mehreinnahmen. Das ist ein Taschenspielertrick, wie ich es noch nicht erlebt habe, und das bei einer schlechten konjunkturellen Prognose. So kann das nur schiefgehen. Das tun wir in Bayern nicht. Wir haben den Haushalt geräuschlos aufgestellt und werden ihn auch gut vollziehen.

Vergleich mit anderen Ländern: Die Investitionsquote – das ist gesagt worden – liegt in Bayern bei 15 %. Die anderen großen Flächenländer Baden-Württemberg und NRW haben nur 10 %. Das bedeutet Einbußen bei der Infrastruktur, bei der Technologie und bei der Forschung. Wir setzen auf Hightech und nicht auf Abbau, wie es andere Bundesländer tun.

Wir haben die niedrigste Pro-Kopf-Verschuldung, im Vergleich mit den westlichen Flächenländern nur ein Drittel.

Solidität ist unser Markenzeichen, liebe Kolleginnen und Kollegen. Deshalb stehen wir auch zur Schuldenbremse: kein Aufweichen für Investitionen, kein Aussetzen, kein Umgehen, kein Tricksen. Das Ifo-Institut bestätigt den ökonomischen Sinn einer Schuldenbremse. Länder mit Schuldenregeln – hören Sie gut zu! – haben durchschnittlich 0,5 % mehr Wirtschaftswachstum als andere Länder. Das heißt, Schulden-

machen bringt auf Dauer nichts, es schadet. Länder mit Schuldenbremse sparen Zinsen, nämlich 1,5 %, und weisen geringere Ausfallrisiken auf.

Generationengerechtigkeit ist nicht nur im Umwelt- und Naturschutz wichtig, sondern auch in finanzieller Hinsicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Haushaltssperre, Wiederbesetzungssperre, globale Minderausgabe – das alles sind Dinge, die nicht sexy sind. Es gab einmal einen Regierenden Bürgermeister, der gesagt hat: Wir sind arm, aber sexy. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, schauen Sie sich doch einmal die Wanderungsbilanz von Restdeutschland nach Bayern an! Wohlstand macht sexy. "Schönheit vergeht, Tagwerk besteht", hat man in der Landwirtschaft früher gesagt. So ähnlich ist es auch hier – der erste Schein mag trügen –: Wohlstand macht wirklich sexy. Deshalb haben wir einen hohen Zuzug. Das freut uns natürlich, weil die Menschen mit ihrem Verhalten anerkennen, dass es uns in Bayern besser geht und dass Maßnahmen wie die Wiederbesetzungssperre und die globale Minderausgabe zwar sperrig klingen, aber doch der richtige Weg sind.

Wir investieren in Bildung, Hochschule und Schule. Es gibt viele neue Stellen – das ist bereits genannt worden –, nämlich über 4.000. Wir erhöhen die Eingangsbesoldung bei den Grund- und Mittelschullehrern. Wir bauen die Ganztagsangebote aus. Gerade im Bereich Bildung und Forschung investieren wir viel. Hier haben wir auch die besten Noten, die besten Werte bei allen Bildungstests. Wir verstärken jetzt noch im Bereich Deutsch und Mathematik, was besonders wichtig ist.

Wir haben so viele Erstsemester wie noch nie an den Hochschulen und auch hier einen hohen Anteil aus dem Ausland. Auch das zeigt, dass wir attraktiv sind. Die Ausgaben für Wissenschaft und Kunst sind die letzten 14 Jahre um fast 80 % gestiegen; sie machen fast ein Zehntel des Haushaltsvolumens aus. Wir bauen eine neue TU in Nürnberg. Die Hightech Agenda mit 550 Millionen Euro pro Jahr ist ein Markenzeichen Bayerns.

Und wir leben sicher. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sicherheit ist auch ein Markenzeichen; denn das bedeutet, dass Investoren, dass Menschen, die zu uns kommen, wissen: In Bayern brauche ich keinen privaten Sicherheitsdienst, in Bayern lebe ich sicher. Wir haben die niedrigste Kriminalitätsrate und die höchste Aufklärungsquote. Wir haben neue Stellen für die Polizei und für die Justiz vorgesehen. Die Ausgaben für die Polizei wachsen überdurchschnittlich: Um 14,7 % erhöht sich das Polizeibudget gegenüber 2023.

Aber es gibt auch Geld für Soziales: 3,4 Milliarden Euro für die Kitas, über eine Dreiviertelmilliarde für das Familiengeld und fast eine halbe Milliarde für das Landespflegegeld. Liebe Kolleginnen und Kollegen, Sie sehen: Obwohl wir sparsam wirtschaften, obwohl wir investieren, obwohl wir die richtigen Schwerpunkte setzen, tun wir auch viel im Bereich Soziales; denn auch die schwächeren Menschen sind uns wichtig.

Wenn wir vom Haushalt reden, reden wir in der Regel von der Ausgabenseite. Ich will aber auch die Einnahmenseite zum Schluss noch einmal beleuchten. Denn uns ist wichtig, dass die Leistungsträger gestärkt werden, dass diejenigen, die Steuern zahlen, die jeden Tag fleißig arbeiten gehen, gestärkt werden. Nur so kommt man weiter. Mit der Erhöhung von Belastungen, mit neuen Vorschriften, mit neuen Auflagen gewinnt man die Zukunft nicht.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Wir brauchen deshalb die Menschen, die mitarbeiten, und Ihnen, den Steuerzahlerinnen und Steuerzahlern, danke ich für die großartige Leistung, die dazu beiträgt, dass wir in Bayern leistungsfähig sind. Da kann ich nur sagen: Danke, liebe Mitbürger, dass Sie immer fleißig arbeiten, dass Sie fleißig das Ihre tun; denn ohne Sie geht es nicht. Darauf basiert unser ganzer Staat.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächste Rednerin ist Frau Kollegin Claudia Köhler.

Claudia Köhler (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ende Februar kommt dann in Bayern doch noch ein Haushaltsplan ins Parlament, ein Plan für das bereits laufende Jahr. Die Verabschiedung ist erst für Juni geplant. Ja, da haben Sie recht, dafür haben Sie wahrlich die rote Laterne verdient. Zeigen Sie uns ein Land, das den Haushalt noch später verabschiedet!

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Alle Projekte, die neu am Start sind, liegen solange auf Eis. Alle neuen Stellen, alle neuen Mittel, alle neuen Förderpauschalen gibt es heuer erst in der zweiten Hälfte des Jahres. Das ist ein Negativrekord der letzten 20 Jahre und eine kalte Kürzung für die Kommunen sowie die Träger von staatlichen Aufgaben.

Aber jetzt ist der Entwurf da, und er zeigt eines: Ministerpräsident Söder kürzt an Bayerns Zukunft. Er gibt 149 Milliarden Euro aus und geht doch weiterhin kein Thema ambitioniert an. Windkraft, Geothermie, Schulessen, Ganztage, Wohnungsbau, Klimaschutz: nichts!

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Wenn es dann eng wird, kommt immer das gleiche Gejammer, wie ja auch gerade eben: Der Bund soll es richten. Und das tut er.

(Lachen und Widerspruch bei Abgeordneten der CSU und der FREIEN WÄHLER)

Die Bundesmittel bleiben nämlich auf sehr hohem Niveau. Die Bundesmittel für Bayern bleiben auf sehr hohem Niveau. Das hilft den Kommunen in Bayern und gibt Planungssicherheit.

(Thomas Huber (CSU): Planungssicherheit?)

Ein Beispiel ist die Wohnraumförderung. Die Wohnraumförderung des Bundes für Bayern steigt schneller als die bayerischen Eigenmittel. Für das schnell rausgehauene Ziel, 10.000 Wohnungen bis 2025, sind im letzten Jahr von allen drei Wohnungsbau-gesellschaften unter 300 Wohnungen gebaut worden. Im Koalitionsvertrag – Sie haben es auch erwähnt – haben Sie von der Wohnbaumilliarde gesprochen. Im Haus-halt finden wir nur die Hälfte; denn die andere Hälfte kommt ja auch aus Bundesmit-teln.

(Staatsminister Albert Füracker: Sind das keine bayerischen Mittel?)

Wir hatten in den letzten Jahren konjunkturell gute Zeiten. Da hätten Sie sinnvoll in-vestieren müssen, Strukturen für die Zukunft schaffen müssen. Das fehlt uns jetzt in allen Bereichen: Gesundheit, Pflege, Kinderbetreuung, öffentlicher Nahverkehr, Was-serschutz, Artenschutz, Energiewende. – Die Liste ist sehr lang.

Apropos Energiewende. Ich fand die Mittel für Geothermie, 7,5 Millionen Euro für ganz Bayern für ein ganzes Jahr, immer mickrig, und ich fand, dass sie den Kommunen nicht helfen. Aber diese Staatsregierung hat es geschafft, auch noch diese wenigen Mittel zu kürzen: 5 Millionen Euro gibt es jetzt. Noch mal 2,5 Millionen Euro weniger, obwohl die Kandidaten von FREIEN WÄHLERN und CSU auf sämtlichen Podien im Wahlkampf versprochen haben, dass die Mittel für Geothermie erhöht werden, dass jetzt die Bürgschaften kommen und dass man für dieses enorme Potenzial etwas tun muss. – Das Versprechen wurde gebrochen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Großmächtig hat der Ministerpräsident vor der Landtagswahl auch den Wassercent angekündigt: Um die Kostbarkeit des Trinkwassers zu unterstreichen und um das Trinkwasser noch besser zu schützen, führen wir den zweckgebundenen Wassercent ein. – Das steht sogar im Koalitionsvertrag. – Wir haben den Wassercent in diesem Haushalt nicht gefunden. Dabei wäre es richtig wichtig, mehr für den Trinkwasser-

schutz, für das Wassersparen, für die Wasserversorgung unserer Obst-, Wein- und Gemüsebauern zu tun.

(Widerspruch des Abgeordneten Michael Hofmann (CSU))

Noch ein paar Beispiele für gebrochene Wahlversprechen: Ja, die erwähnte Schwimmbadförderung: 20 Millionen Euro pro Jahr waren versprochen, und jetzt stehen 10 Millionen im Haushalt.

(Widerspruch des Abgeordneten Thomas Huber (CSU))

Der Minister sagt dann: Ich habe die Verpflichtungsermächtigung dazugezählt. – Das war nicht das Versprechen. Es wurde gebrochen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Es gibt wieder kein Gehörlosengeld. Statt Erhöhung gibt es eine Kürzung der Mittel bei den Sing- und Musikschulen. Das Versprechen wurde gebrochen.

Aber es gibt mehr Geld für Straßenbau, 1,1 Milliarden Euro, so viel wie nie. Das ist wirklich anachronistisch, und das merken die Bürgerinnen und Bürger in diesem Land. Lassen Sie lieber den Zug fahren, und zwar pünktlich, dann sparen die Familien richtig Geld und brauchen gar kein neues Zweitauto für Ihre neuen Straßen.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Thomas Huber (CSU):
Bitte an die Deutsche Bahn adressieren!)

Der Bauunterhalt bleibt auch auf niedrigem Niveau. Für Hochbaumaßnahmen gibt es weniger Geld als im letzten Jahr. Das heißt aber im Umkehrschluss: Der Sanierungsstau in Bayern wird weiter ansteigen.

Die Rücklage von 6 Milliarden Euro wird für den Doppelhaushalt geplündert.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Geplündert?)

– Ja, und Sie haben ja gesagt, dass wir auch mehr eingenommen haben. Das ist auch schon weg. Das ist auch schon verplant.

Was ich am bemerkenswertesten finde: Bei der Pressekonferenz hat der Ministerpräsident gesagt, dass die Rücklage für die Personalausgaben draufgegangen ist. – Ja, wem ist denn das bitte eingefallen? Wovon zahlen Sie die Personalausgaben denn dann nächstes Jahr, wenn Sie das heuer aus der Rücklage nehmen?

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD)

Bei all den Kürzungen mit dem Rasenmäher, mit der verschönernden Bezeichnung "globale Minderausgabe", wundert es mich dann doch, dass es für Mondmissionen aus Bayern – wörtlich: Mondmissionen aus Bayern – bis zu 100 Millionen Euro geben soll. Wer bitte ist in Bayern für diese Mondmissionen im Wirtschaftshaushalt zuständig? – Doch wohl nicht Herr Aiwanger. Der schafft es nämlich nicht einmal bis zu einer Max-Planck-Sitzung oder ins Plenum.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der SPD – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Da waren Sie gar nicht eingeladen!)

Es reicht eben nicht, dreimal hintereinander korrekt "Wasserstoff" aussprechen zu können.

(Heiterkeit bei den GRÜNEN)

100 Millionen Euro für Wasserstoff bringen nichts, wenn wir nicht den Strom dafür haben. Energiepolitisch ist das völlig daneben.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Ja, und wer hat die Kernkraftwerke abgeschaltet? Unverantwortliche Politik betreiben Sie! – Katharina Schulze (GRÜNE): Immer dasselbe!)

– Die haben nicht den Strom für den Wasserstoff gebracht. Darum muss sich endlich der Energieminister von Bayern kümmern.

(Ruth Müller (SPD): Genau! – Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Um die Kernkraftwerke?)

Ein wirklich starkes Stück ist heuer – jawohl, wenn Sie hier schon reinrufen –, dass Sie, Abgeordnete von CSU und FREIEN WÄHLERN, sich in diesem schwierigen Haushalt, in diesen schwierigen Zeiten, 100 Millionen Euro Fraktionsreserve für Mini-projekte in Ihren Stimmkreisen genehmigen und reservieren.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sie haben keine Ahnung! – Ruth Müller (SPD): Das ist ein großer Schluck aus der Pulle!)

5 Millionen Euro für Geothermie und 100 Millionen Euro Fraktionsreserve! Das ist im Übrigen Ihre einzige Beteiligung an diesem Haushaltsentwurf. Andere Anträge kommen während der Beratung überhaupt nicht von Ihnen. Das Parlament ist für CSU und FREIE WÄHLER nur eine Formalie. Meine Damen und Herren, das Parlament ist aber keine Formalie. Deswegen ist es verantwortungslos, jetzt schon, bevor die Beratungen zum Haushalt überhaupt angefangen haben, Schecks zu übergeben, nur damit die CSU schneller in der Presse ist als die FREIEN WÄHLER und umgekehrt. Mit solchen Spielchen innerhalb der Koalition schwächen Sie die Demokratie.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber an manchen Stellen freuen wir uns auch – das will ich natürlich nicht unerwähnt lassen –: Die Ausgaben für den Katastrophenschutz wurden gemäß unseren Anträgen erhöht, es gibt eine Stelle mehr pro Regierung – jetzt fehlt nur noch die von uns vorgeschlagene Taskforce –, mehr Geld aus der Feuerschutzsteuer für Feuerwehrhäuser – das hat jahrelang unser stellvertretender Fraktionsvorsitzender Johannes Becher beantragt, endlich ist es da –, mehr Stellen für den Gesundheitsdienst an Landratsämtern – das war unser Antrag –, endlich mehr Stellen für die berufliche Anerkennung ausländischer Qualifikationen – das war auch ein grüner Antrag –, mehr Geld für Verwaltungskräfte an Gymnasien – das war unser Antrag –, und die Berufseinstiegsbegleitung ist endlich verstetigt. Unser gemeinsamer Kampf dafür hat sich gelohnt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Jetzt muss noch endlich, und zwar schnell, eine Zwischenlösung für die Mittel für die Ganztagsbetreuung her, und zwar für mehr Geld für eine Erhöhung der Pauschalen, um jetzt Personal anzuwerben. Ich erinnere an unseren Dringlichkeitsantrag von letzter Woche; denn auch wenn der Haushalt in Bayern heuer so spät, erst im Juni, kommt: Jetzt werden die Gruppen für die Ganztagsbetreuung für September geplant. Vergessen Sie nicht: Eine verlässliche Betreuung ist auch ein enormer Wirtschaftsfaktor, weil die jungen Eltern in den Unternehmen gebraucht werden und sich auf die Betreuung verlassen können müssen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zuschüsse zur Erfüllung staatlicher sozialer Aufgaben müssen für die Träger überhaupt steigen, weil Löhne und Preise auch gestiegen sind. Was braucht es noch? – Es braucht endlich richtig Geld für das Programm "Green HospitalPLUS" in Bayern, und zwar nicht nur zum Verleihen von Urkunden, sondern zur richtigen Umrüstung von Krankenhäusern. Das wird dann auch wieder Energiekosten sparen. Ich kann jetzt schon ankündigen, dass wir GRÜNE weiter an einem gesunden, regionalen, gemeinsamen Schulesen für alle Kinder in Bayern festhalten werden; denn feste Abnahmemengen stärken auch unsere heimische Landwirtschaft.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir werden Vorschläge zum Wohnen und zur Bildung auf den Tisch legen. Das sind harte Wirtschaftsfaktoren, die entscheiden werden, ob wir im Wettbewerb bestehen oder abgehängt werden. Bitte überprüfen Sie endlich die Vielzahl der Förderprogramme auf ihre Wirksamkeit hin – für unsere Kommunen, für die Menschen, für den Klimaschutz, für die Bildung unserer Kinder – und bitte auch auf ihre Durchführbarkeit hin; denn immer wieder sind die gleichen Programme im Haushalt, die dann kaum abgerufen werden.

Sie geben so gern Geld aus, aber diesmal müssen Sie alles zusammenkratzen: Ausgabereise, globale Minderausgabe, sogar das Geld aus dem Verkauf der E.on-Anteile von 2004 wird jetzt, 20 Jahre später, für die Stammstrecke eingebracht. Sie haben wohl selber gemerkt, dass es eng wird; aber wenn es schon an das Eingemachte geht, wenn man schon, wie Sie, Tafelsilber und Teile des Grundstocks verhökert, dann muss man damit wenigstens vernünftig in die Zukunft investieren. Sie ahnen es wahrscheinlich: Ich bin nicht begeistert von dem Entwurf.

(Michael Hofmann (CSU): Das bricht mir jetzt das Herz!)

Er ist kleinlich, nicht zielführend und zukunftsblind, und das, obwohl die Steuereinnahmen im Freistaat Bayern gestiegen sind. Trotzdem möchte ich Ihnen eine konstruktive Zusammenarbeit in den nächsten Wochen der Haushaltsberatungen anbieten, anders als es die Opposition im Bund tut. Sinnvollen Vorschlägen werden wir GRÜNE zustimmen. Für alles andere werden wir, auch anders als die CSU-Opposition im Bund, Änderungsanträge vorschlagen; denn als Demokratinnen und Demokraten können wir die Dinge nur gemeinsam lösen. Für Lösungen rufe ich ganz besonders die beiden Regierungsfraktionen CSU und FREIE WÄHLER dazu auf, nicht nur unsere Anträge zu lesen, sondern sich auch selbst aktiv zu beteiligen, über Ihre 100 Millionen Euro Spielgeld hinaus.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Sie, wir alle hier, im Haushaltsausschuss und im Parlament, sollten seriöse Treuhänder des Geldes der Menschen in Bayern sein. Deshalb: Setzen Sie sich an den Tisch. Beschäftigen Sie sich ernsthaft mit den Anträgen der demokratischen Opposition. Lesen Sie nicht nur einen Zettel vor, den Ihnen das Ministerium aufgeschrieben hat. Bitte bringen Sie auch eigene Nachbesserungen ein. Die Menschen in Bayern erwarten von uns allen kein Abnicken, sondern ein ernsthaftes Ringen um die besten Lösungen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Frau Kollegin. – Nächster Redner ist der Kollege Bernhard Pohl für die FREIEN WÄHLER.

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Präsident, Herr Staatsminister, liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Kollegin Köhler, jetzt sind Sie doch schon ein paar Jahre dabei, deshalb wundert es mich schon, dass Sie hier immer diese surrealen Veranstaltungen abliefern. Das hat doch, wie Sie genau wissen, mit der Realität nichts zu tun.

Sie sagen, wir würden an der Erstellung des Haushalts nicht mitwirken. Wie oft soll ich Ihnen das noch erklären, wie das läuft? – Es gibt 12 Monate bzw. beim Doppelhaushalt 24 Monate intensiven Kontakt aller Fraktionskollegen, insbesondere der Haushaltspolitiker. Wir bringen uns unterjährig ein. Es gibt eine Kabinettsklausur in St. Quirin. An der sind die beiden Haushaltssprecher, die Fraktionsvorsitzenden und die Parlamentarischen Geschäftsführer beteiligt. Da wird intensiv um den Haushalt gerungen, und jetzt tun Sie so, als ob Sie das nicht wüssten. Wenn Sie es immer noch nicht wissen, dann wissen Sie es jedenfalls für das nächste Mal, und bitte merken Sie es sich so lange. Sie sind nicht Bundeskanzler. Da dürfte das Erinnerungsvermögen noch etwas besser sein.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, wir haben von Frau Köhler gehört, wie sie einen Zukunftshaushalt aufstellen würde. Ich habe jetzt tatsächlich mitgeschrieben. Das mache ich selten; aber da finden sich folgende Stichworte – das sind die Kernpunkte Ihres Zukunftshaushaltes –: Ganzttag, Schulesen,

(Claudia Köhler (GRÜNE): Ja!)

Geothermie, Windkraft,

(Claudia Köhler (GRÜNE): Ja!)

Wassercent, Zug statt Straße,

(Claudia Köhler (GRÜNE): Ja!)

Schwimmbadförderung, Gehörlosengeld.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wissen Sie, man lernt es eigentlich schon in der Grundschule, dass man zunächst einmal Geld einnehmen muss, bevor man es ausgeben und verteilen kann; aber die GRÜNEN-Logik in der Haushaltspolitik funktioniert offensichtlich etwas anders: Ihr gebt Geld aus und hofft, dass dann von irgendwoher ein Geldsegen kommt, und wenn er nicht kommt, dann belastet ihr die Steuerzahler. Dafür pickt ihr euch die Gruppe heraus, die euch vermeintlich am wenigsten wählt, nämlich die Landwirte, und sagt: So, und mit den Landwirten werden wir jetzt ein Exempel statuieren. Da gleichen wir dann den Haushalt aus. – Das geht mathematisch nicht. Das geht gesellschaftspolitisch nicht. Das ist blanker Unsinn.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Das stimmt doch gar nicht!)

Das ist Haushaltspolitik aus grüner Feder.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Haushaltspolitik muss anders laufen. Das Erste – das ist auch eine psychologische Frage – ist der Dank an diejenigen und der Respekt vor denjenigen, die das Geld für uns erwirtschaften, nämlich die Steuerzahler, die Unternehmer, die Arbeitnehmer und auch diejenigen, die es erwirtschaftet haben, nämlich die Rentner.

Dann kann ich gleich mal an Ihre Adresse ein Signal senden: Die Ihnen nahestehenden Aktivisten von Fridays for Future tun das genaue Gegenteil. Statt Respekt vor denen zu haben, die ihnen ein sorgenfreies Leben ermöglichen, sagen sie: "Wir sind hier, wir sind laut, weil ihr uns die Zukunft klaut". Damit meinen sie ihre Großeltern, die

mit ihrer Hände Arbeit dazu beigetragen haben, dass unser Staat so hervorragend dasteht. Das ist schäbig. Das ist unanständig.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Distanzieren Sie sich.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN – Claudia Köhler (GRÜNE): Gibt es auch was zum Haushalt?)

Die Grundlage eines funktionierenden Haushalts sind die Einnahmen. Der Grund, warum wir in der Tat diesmal etwas härter ringen mussten, ist, dass die Bundespolitik uns Knüppel zwischen die Beine wirft, weil die Bundespolitik auf ganzer Linie versagt, weil wir in ein wirtschaftliches Desaster hineingeraten.

(Widerspruch bei den GRÜNEN)

Der Finanzminister hat ja den Bundeswirtschaftsminister zitiert, der wenigstens kein Erkenntnisdefizit, aber leider ein Umsetzungsdefizit hat. Habeck hat gesagt: So kann es wirtschaftspolitisch nicht mehr weitergehen. – Ich sage, Erkenntnis ja. Aber die Konsequenz ist: Ändern Sie es, oder treten Sie zurück, eines von beidem.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Welche Signale muss man in die Gesellschaft senden? – Das erste Signal muss Achtung und Respekt vor den Steuerzahlern sein. Ihr diffamiert nur die sogenannten Reichen. Ich habe mich ja gewundert – aber das wird Kollege Pargent wahrscheinlich noch bringen –, wo denn in der Rede die zusätzlichen Betriebsprüfer bleiben, die die unehrlichen Steuerzahler aufspüren sollen, die es in Bayern angeblich so häufig gibt. Ich bin gespannt, Herr Pargent. Wahrscheinlich wird uns das heute noch blühen.

Ich mache mal weiter. Das nächste Signal: Sie predigen ernsthaft Konsumverzicht. Sie haben es heute wieder getan. Sie haben gesagt, die Leute sollen mit der Bahn fahren, dann sparen sie sich das Zweitauto.

(Zuruf des Abgeordneten Benjamin Adjei (GRÜNE))

Haben Sie eigentlich realisiert, dass die bayerische Wirtschaft und unser Wohlstand ganz maßgeblich von der Automobilindustrie abhängig sind?

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE) und Claudia Köhler (GRÜNE))

Sie haben natürlich nicht begriffen, dass auch der Kauf eines Zweitwagens – übrigens auch der Kauf eines von Ihnen diffamierten SUV, der vielleicht etwas teurer als ein Kleinwagen ist – dazu beiträgt, dass unsere Wirtschaft wächst und stabil ist.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Jetzt sagen Sie doch mal was zum Haushalt!)

Aber das sind alles Dinge, die an Ihnen vorbeigehen. Deswegen heißt grüne Politik in Berlin Wohlstandsverlust. Gott sei Dank haben wir in Bayern eine vernünftige Regierung aus CSU und FREIEN WÄHLERN, die hier einen Riegel vorschiebt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Lachen bei der AfD – Zuruf: Zum Haushalt!)

Wie muss es richtig laufen? – Richtig laufen, das bedeutet: Stärkung der Leistungsträger. Wer viel leistet, muss mehr haben. Das heißt aber auch, dass wir diejenigen, die überproportional viel leisten, etwa durch Überstunden, steuerlich besserstellen und sie nicht bestrafen. Das heißt: ein flexibles Arbeitsrecht, damit sie auch rechtmäßig mehr Stunden leisten können. Das heißt: Politik für die Leistungsträger und nicht Erhöhung von Transferleistungen wie dem Bürgergeld. Das ist genau das falsche Signal: Ihr kriegt mehr, weil ihr nichts leistet. – Diejenigen, die mehr leisten, beispielsweise die Landwirte, sollen dafür bezahlen. So geht es nicht.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Wir haben in Bayern anders als in Berlin solide Staatsfinanzen.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Wir müssen nicht vom Bundesverfassungsgericht korrigiert werden. Dann müssen in Nachtsitzungen irgendwelche abenteuerlichen Konstrukte erfunden werden,

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

damit man einigermaßen zurande kommt. Wir haben solide Staatsfinanzen. Ja, Frau Kollegin Köhler, durch Ihre Politik in Berlin sind wir dazu gezwungen, in die Rücklagen zu greifen. Aber wir haben wenigstens welche, weil wir in den vergangenen Jahren sauber und solide gewirtschaftet haben. Hierfür dem Finanzminister und den Regierungsfractionen einen herzlichen Dank!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ja, wir unterstützen auch unsere Kommunen. Die Kommunen sind nämlich diejenigen, die das umzusetzen haben, was wir hier beschließen, was wir uns hier ausdenken. Als wir 2008 in den Bayerischen Landtag gekommen sind, haben wir gesagt: Wir müssen die Kommunalfinanzen stärken. – Das ist passiert in diesen 15 Jahren. Wir haben damals gesagt: Wir wollen 15 % am allgemeinen Steuerverbund haben. Damals waren es noch 12,5 %. Jetzt haben wir 12,85 %. Die anderen 2,15 % haben wir dafür draufgesattelt, dass die Kommunen keine Gewerbesteuerumlage mehr zahlen müssen. Also faktisch, per saldo sind es 15 %. Wir haben Wort gehalten. Deswegen können sich die Kommunen auch erneut über Rekordzuweisungen freuen.

Trotzdem sage ich: Auch die Kommunen leiden unter Ihrer Misswirtschaft im Bund, unter Ihrer Deindustrialisierungspolitik, die hoffentlich 2025 ein Ende haben wird, damit dieses Land nicht gänzlich gegen die Wand fährt.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Ja, wir tun in Bayern eine ganze Menge dafür, dass wir zukunftsfähig sind und zukunftsfähig bleiben. 15 % Investitionsquote – was bedeutet denn das? Wir investieren in unsere drei Kern- und Zukunftsaufgaben: Bildung, Wirtschaft, Wissenschaft. Da investieren wir besonders viel, zielgerichtet und gut. Ich nenne ein paar wichtige Beispiele.

Über 4.000 neue Lehrerstellen – das bedeutet: Wir geben denjenigen, die ins Leben starten, gleich das richtige Signal mit. Wir haben natürlich nicht nur einheimische Kinder, wir haben auch Kinder aus anderen Ländern. Deswegen haben wir im Bereich der Integration, im Bereich der Sprachförderung ganz besondere Schwerpunkte gesetzt, und das sehr erfolgreich. Bayern ist in Deutschland Integrationsland Nummer eins, ob Sie das hören wollen oder nicht.

Gerade diejenigen, die besonders laut schreien, wenn es darum geht, dass möglichst viele Menschen von außen zu uns kommen, machen es am schlechtesten. Ich bin gespannt, wie lange Berlin braucht, um hier eine einigermaßen funktionierende Gesellschaft hinzubekommen.

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

Ich sage Ihnen auch, Frau Kollegin Köhler: Zuwanderung kann sehr bereichernd sein – das sehe ich so –, aber nur, wenn sie richtig gemacht ist. Ansonsten wird sie zu einem gesellschaftlichen Problemfall. Dort, wo Sie mitregieren, ist sie ein Problemfall. Das kann ich Ihnen leider nicht ersparen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU – Zurufe der Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE) und Claudia Köhler (GRÜNE))

Wir investieren über eine Milliarde Euro in die Hightech Agenda. Da kann es eine Partei rechts außen geben, die immer noch nicht begriffen hat, dass Investitionen in die Hightech Agenda selbstverständlich Investitionen in die Zukunft unseres Landes sind. Da sind auch Investitionen in den Klimaschutz dabei. Ich sage auch ganz deutlich:

(Zurufe von der AfD: Ah!)

Bei manchen Ausgaben, die wir für das Klima tätigen, müssen wir uns überlegen, ob das "nice to have" ist, ob das wirklich der hier richtige Wirkungsgrad ist. Aber zu hundert Prozent richtig investiert ist das Geld in den technischen Klimaschutz, in Forschung und Entwicklung. Das bringt uns weltweit voran. Denn eines ist auch klar: Der Kontinent, der vom Klimawandel am härtesten getroffen werden wird, wird Afrika sein. Wenn wir hier zusehen und nichts tun, dann werden wir ein Migrationsproblem bekommen, das mit dem jetzigen nicht ansatzweise vergleichbar ist. Da möchte ich dann tatsächlich mal die Lösungen von rechts außen hören, wie Sie das dann in den Griff bekommen wollen. Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, dass man einen Kontinent, der auf dem Weg zu 4 Milliarden Menschen ist, hier einfach mal außen vor lässt und sagt: Ich lebe in meiner Blase Deutschland. Ich lebe in meiner Blase Europa.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Das heißt aber auch, dass wir unsere Anstrengungen für die Lösung unserer Zukunftsfragen – dazu gehört der Klimaschutz – auf dem Sektor Forschung und Entwicklung noch verstärken müssen. Wir in Bayern sind dran, wir in Bayern tun das. Leider Gottes kann man das nicht für ganz Deutschland in gleichem Maße sagen.

Wir investieren in den Verkehr. Natürlich investieren wir in den Verkehr, weil wir FREIE WÄHLER gleichwertige Lebensverhältnisse herstellen wollen. Dies ist eines der wichtigsten Themen, die wir zur Steigerung der Attraktivität und Leistungsfähigkeit unseres Landes bewegen können. Darauf bin ich sehr stolz. Dies ist das Markenzeichen der FREIEN WÄHLER. Seit wir im Landtag sind, wird dies vorangebracht. Als wir in den Landtag kamen, gab es noch andere wie Erwin Huber, der die Metropolenpolitik des Freistaats verkörpert hat und zum Thema Breitband – –

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Harald Schwartz (CSU))

– Selbstverständlich, Herr Kollege Schwartz, waren Sie damals noch nicht dabei, sondern sind erst später dazugekommen. Aber ich sage Ihnen auch zum Thema Breitband, das sich der Finanzminister sehr zu Recht auf seine Fahnen schreibt – hier hat er eine Menge getan –, als Erwin Huber die Verantwortung hatte, gab es dafür 19 Millionen Euro. Dies hat sich deutlich geändert. Daran sieht man,

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

wie diese Koalition an einem Strang zieht. Herr Kollege Schuberl kann ja nachher noch eine Zwischenbemerkung einbringen, aber gerade Sie sollten das anerkennen. Sie kommen aus dem Landkreis Freyung-Grafenau,

(Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

und dies ist einer der Landkreise, die in besonderem Maße davon profitieren, dass sich Bayern jetzt in der Fläche stark aufstellt.

Wir werden in Technologietransferzentren investieren. In der Vergangenheit haben wir bereits für eine dezentrale Hochschulstruktur in Bayern gesorgt. Es gibt nicht nur eine oder zwei Leuchtturmuniversitäten, sondern Bayern ist hier in der Fläche stark, und das zahlt sich selbstverständlich aus.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Jahrzehntelange CSU-Politik!)

Wir werden auch stärker in den Bereich Medizin und Krankenhäuser investieren. Im Koalitionsvertrag haben wir die Krankenhausmilliarde. Davon haben wir jetzt 850 Millionen Euro im Haushalt.

(Zuruf der Abgeordneten Gülseren Demirel (GRÜNE))

Ich denke, dies ist ein starker Aufschlag in Zeiten, in denen sich die GRÜNEN im Bund ernsthaft damit befassen, Cannabis zu legalisieren. – Wahrscheinlich wollen sie so die Krankenhäuser vollkriegen, vielleicht ist das auch eine Form der Krankenhausinvestiti-

on im ländlichen Raum, auch wenn es vielleicht anders gemeint ist. Das ist jedenfalls eine falsche Schwerpunktsetzung!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN sowie Abgeordneten der CSU)

Wir investieren nicht in Cannabis, wir investieren in den Zusammenhalt der Gesellschaft, das Ehrenamt, die Kultur und den Sport. Wir haben die Vereinspauschale verdoppelt und verstetigen dies Jahr für Jahr. Wir geben in diesem Doppelhaushalt über 200 Millionen Euro für den Sport aus. Wir wissen, welche unschätzbare Leistungen in den Sportvereinen, Musikkapellen und ehrenamtlichen Strukturen erbracht werden. Ich sage auch, es ist gut, dass wir mit Gabi Schmidt eine Ehrenamtsbeauftragte haben, die sich darum kümmert, uns hier gut repräsentiert und das Gesicht des Freistaats auf dieser Ebene ist.

Wir haben uns aber auch bei den harten Fakten gut eingebracht. Das Thema Wohnungsbau und BayernHeim nimmt Fahrt auf. Zugegebenermaßen war dies in der Vergangenheit ein Sorgenkind, aber jetzt kommt die Lokomotive in Fahrt.

(Zuruf der Abgeordneten Ruth Müller (SPD))

Wir investieren in den Wohnungsbau vor Ort; denn – auch das ist klar – bezahlbare Wohnungen sind die soziale Herausforderung der Gegenwart. Wir stellen uns dieser. Der Bund hätte ganz andere Möglichkeiten, aber er tut das genaue Gegenteil. Er verteuert das Bauen durch teilweise nicht nachvollziehbare Umweltauflagen, durch komplizierte Bürokratie und durch die Aufforderung "Finger weg vom Neubau!".

(Ruth Müller (SPD): Das könntet ihr doch alles selbst regeln!)

Wir führen ja immer wieder einmal, Herr Kollege Hartmann, die Diskussion über den Flächenverbrauch. Diese kann und muss man auf hohem Niveau führen, aber hier muss man im Zweifel die richtigen Prioritäten setzen. Wenn wir bezahlbaren Wohnraum haben wollen, muss man auch einmal

(Ruth Müller (SPD): Bauen!)

neue Gewerbe- und Wohngebiete ausweisen, um dann bauen zu können oder Bautätigkeit zu ermöglichen.

Wir stehen zur Landwirtschaft und zum Zukunftsvertrag. Bei der Dorferneuerung hat uns der Bund wieder einmal einen Streich gespielt, aber auch hier werden wir uns stark einbringen, über das KULAP und vieles andere mehr. Wir werden versuchen, hier zu entbürokratisieren, soweit dies auf bayerischer Ebene möglich ist; denn wir sehen unsere Landwirtschaft und die heimische Nahrungsmittelproduktion als genauso wichtig an wie ein gesundes Klima. Wenn Sie nichts zu essen und zu trinken haben, werden Sie auf dieser Erde keine Freude haben, wenn Sie überhaupt überleben. Wir stehen zur Landwirtschaft und bringen das in diesem Haushalt auch zum Ausdruck.

Last, but not least lassen Sie mich noch einen besonderen Dank an die Polizei, die Justiz und alle anderen Sicherheitskräfte aussprechen. Auch diese erhalten in diesem Haushalt einen Zuwachs. Wenn ich hier wieder in Richtung Bund blicke, wobei dies nicht nur die Ampel, sondern auch die Vorgängerregierungen betrifft, stelle ich fest: Wir sind für die innere Sicherheit zuständig, und bei uns läuft es. Der Bund ist für die äußere Sicherheit zuständig. Er hat jetzt in einer Verzweiflungsaktion 100 Milliarden Euro Sondervermögen für die Bundeswehr zusammengekratzt, die man zuvor kaputt gespart hat. Die 100 Milliarden Euro sind aber noch nicht ansatzweise ausgegeben. Es wäre schön, wenn der Bund wenigstens nicht nur ein Erkenntnisdefizit, sondern auch ein Vollzugsdefizit beseitigen würde.

Wir sind in Bayern voll handlungsfähig. Der Haushalt, der jetzt eingebracht wurde, wird in den nächsten Wochen intensiv beraten. Ich finde, er ist ausgewogen. Er ist gelungen und wird unsere Zustimmung erhalten.

(Lebhafter Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU sowie des Staatsministers Dr. Florian Herrmann)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Kollege. – Es liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Kollegen Andreas Jurca vor.

Andreas Jurca (AfD): Werter Herr Kollege Pohl, Sie hatten ja bezüglich der Massmigration nach Lösungen von rechts außen verlangt. Ich fühle mich geographisch, aber nicht politisch angesprochen. Aus Ihrer Sicht sitze ich ja rechts außen. Ich möchte einen Lösungsvorschlag unterbreiten, den wir seit Jahren bringen, nämlich, sich einfach an geltendes Recht zu halten. Beispielsweise steht in Artikel 16a Absatz 2 des Grundgesetzes, dass politisch Verfolgte kein Asylrecht genießen, wenn sie über Drittstaaten oder Mitgliedstaaten der Europäischen Union einwandern. Das Recht gibt dies also her. Das ist unser Lösungsansatz. Die Frage ist nur, warum Sie und Ihr Koalitionspartner das niemals umgesetzt haben.

(Zuruf: EU-Recht!)

Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Herr Kollege Jurca, haben Sie schon einmal von der Genfer Flüchtlingskonvention gehört? – Wenn nein, empfehle ich die Lektüre. Es gibt nicht nur Asylbewerber, es gibt auch Flüchtlinge. Derzeit haben wir deutlich mehr Flüchtlinge als Asylbewerber.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Erster Vizepräsident Tobias Reiß: Vielen Dank, Herr Kollege. – Nächster Redner ist Herr Kollege Volkmar Halbleib.

Volkmar Halbleib (SPD): Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen, Herr Staatsminister! Ich bin zu lange in diesem Parlament sowie in der Finanz- und Haushaltspolitik tätig, als dass wir nicht anerkennen würden, dass im Entwurf für den Doppelhaushalt 2024/2025 viele Punkte enthalten sind, die wir teilen, unterstützen und mittragen wollen, und viele Punkte, die auf den Weg gebracht wurden. Heute geht es aber auch darum, sich den Entwurf einmal kritischer anzusehen, weil wir genau diesen gemein-

samen kritischen Blick – sonst würden die Haushaltsberatungen keinen Sinn ergeben – als Parlament brauchen.

Hier bin ich jetzt bei dem Begriff, den man verwenden kann und den ich in 15 Jahren Parlament schon so oft gehört habe, des "Premiumhaushalts". Ich finde, dass man bei diesem Haushalt einmal genau hinter dieses Etikett blicken muss.

Erstens. Dies ist – dagegen habe ich heute keinen Widerspruch gehört – der am spätesten aufgestellte Staatshaushalt, den wir in den letzten Jahren und Jahrzehnten hatten. Im Juni dieses Jahres werden wir diesen Doppelhaushalt beschließen. So spät waren wir noch nie dran. Dies hat auch Konsequenzen und Probleme zur Folge.

Zweitens. Die Trägerinnen und Träger draußen müssen am längsten auf angekündigte Verbesserungen warten. Auch das ist ein Kennzeichen dieses Doppelhaushalts. Er ist außerdem durch einen maximalen Griff in die Rücklagen gekennzeichnet, wobei wir anerkennen: Auch diese Rücklagen mussten erst einmal geschaffen werden. Tatsächlich bleibt dadurch aber nur noch eine geringe Summe für die kommenden Haushaltsjahre. Auch mit diesem Thema müssen wir uns auseinandersetzen.

Herr Finanzminister, leider ist dies auch ein Doppelhaushalt der Widersprüche: Auf der einen Seite werden Verbesserungen abgebildet, auf der anderen Seite gibt es massive Vorgaben des Finanzministers zu Minderausgaben und haushaltsgesetzlichen Sperren, die sich in diesem Doppelhaushalt insgesamt auf 3 Milliarden Euro summieren. Diese Themen müssen wir einmal in den Blick nehmen. Herr Finanzminister, Sie haben heute das Wort "transparent" verwendet. Dieser Doppelhaushalt bleibt in der Frage, wo gekürzt werden muss, intransparent. Sie sagen eben nicht, wo gekürzt werden muss. Sie ordnen die Kürzungen nur Ressorts zu, sagen aber nicht, wo genau sie erfolgen sollen.

(Beifall bei der SPD)

Im Übrigen handelt es sich hier in dreifacher Hinsicht um einen Schaufensterhaushalt. Das ist gar nicht so böse gemeint, wie Sie mir das unterstellen. Zuerst wurde etwas ins Schaufenster gestellt und schön beleuchtet. Schauen wir dahinter, hat das Produkt mehrere Facetten. Sie locken die Bürgerinnen und Bürger sowie die Trägerinnen und Träger mit Verbesserungen an, und wenn sie ins Geschäft gehen, sagen Sie: Ich weiß, dass Sie das Produkt dringend brauchen, aber kommen Sie in fünf Monaten wieder; denn erst dann ist dieses Produkt zu verkaufen. Das ist das Problem, wenn im Januar Leistungen angekündigt werden, die frühestens im Juni umgesetzt werden können.

(Beifall bei der SPD)

Wir müssen den Kunden ehrlicherweise sagen: Ihr kauft das Produkt zu einem durchaus günstigen Preis; denn wir haben uns ins Zeug gelegt. Aber ihr müsst den Preis an anderer Stelle doppelt bezahlen. Sagen Sie den Menschen die Wahrheit. Das ist bei diesem Haushalt leider nicht der Fall.

Wir haben hier einen Haushalt, bei dem nach unserer Überzeugung an den falschen Stellen gekürzt und an den richtigen Stellen zu wenig Initiative und Verantwortung gezeigt wird. Reden wir doch einmal Tacheles: Ein bayerischer Staatshaushalt sollte stocksolide sein. Das beginnt mit der Einhaltung der Regeln, die wir uns selbst gegeben haben: Wir sollten einen Staatshaushalt rechtzeitig vorlegen, damit wir rechtzeitig darüber beraten können. Gegen diese Regel wurde diesmal massiv verstoßen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sie haben für diesen Haushalt fünfmal so lange gebraucht wie die viel gescholtene Ampel.

(Tanja Schorer-Dremel (CSU): Dafür ist er verfassungssicher!)

Da wurde schon kritisiert, dass dieser Haushalt ausnahmsweise im Februar vorgelegt wird. Diejenigen, die das kritisiert haben, haben nicht erkannt, dass wir in Bayern erst

im Juni einen beschlossenen Haushalt bekommen. Das sind die Widersprüche zwischen dem Zeigefinger und den drei Fingern, die zurück zeigen, zur eigenen Verantwortung.

(Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Unser Haushalt ist verfassungsgemäß, Herr Kollege!)

– Na ja, der Haushalt 2022 war nach unserer festen Überzeugung nicht verfassungsgemäß, weil dafür der Haushaltsentwurf maßgeblich ist.

(Widerspruch bei der CSU)

– Wir müssen uns nicht streiten. Aber es ist offenkundig, dass auch Sie sich nicht korrekt an die Regelungen gehalten haben.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich bin Herrn Kollegen Zellmeier dafür dankbar, dass er deutlich gemacht hat, dass die Haushaltsaufstellung künftig früher erfolgen soll. Sie haben in der letzten Woche im Haushaltsausschuss im Prinzip die Bayerische Haushaltsordnung zur Abstimmung gestellt. Dabei haben die Kollegen der CSU und der FREIEN WÄHLER gegen den Text der Bayerischen Haushaltsordnung gestimmt. So viel zum Thema "Bekenntnis zu einer soliden Finanzierung und zu soliden, rechtzeitig vorgelegten Haushalten". Daraus müssen wir lernen. Es muss das letzte Mal sein, dass wir so spät dran sind.

Die späten Haushaltsberatungen haben auch nachhaltige Konsequenzen. Wir brauchen Wirtschaftsanschübe, halten aber neue Investitionen zurück, bis der Haushalt beschlossen ist. Das ist nicht richtig, und das ist nicht gut. Das wissen Sie auch. Wir müssen die Akteure in Bayern stärker unterstützen und dürfen ihnen nicht sagen: Ihr müsst bis zum Juni warten, bis ihr Sicherheit habt. Genau die Sicherheit und Verlässlichkeit, die Sie von Berlin erwarten, müssen Sie auch selbst bieten. Hier zeigen drei Finger auf Sie selbst zurück. Sie schaffen diese Verlässlichkeit nicht rechtzeitig, sondern erst ein halbes Jahr nach Beginn des Haushaltsjahres. Das ist nicht gut.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Sehen wir uns noch einmal die Eckdaten des Haushalts an. Herr Finanzminister, Sie haben einen Haushaltsentwurf mit 5.200 Seiten vorgelegt. Ich weiß, dass das keine einfache Aufgabe ist. Vor dieser Leistung habe ich Respekt. Das schützt Sie natürlich nicht vor Auseinandersetzungen um die Inhalte. Die Haushaltspolitik steht vor schwierigen Aufgaben; denn wenn die Rücklagen aufgebraucht sind und nicht – dafür spricht im Augenblick nicht allzu viel – wieder gefüllt werden, dann werden wir in den Haushalten der Jahre 2026 und 2027 ein gravierendes Problem bekommen. Das wissen Sie auch; denn Sie haben das bei der Finanzplanung deutlich gemacht.

Eines ist noch nicht deutlich geworden: Ich spreche von den Kürzungen, die Sie mit diesem Haushalt verbinden. Das sind die sogenannten globalen Minderausgaben und die haushaltsgesetzlichen Sperrungen. Beide zusammen summieren sich in diesen beiden Haushaltsjahren auf etwa 3 Milliarden Euro.

(Staatsminister Albert Füracker: Das ist nichts Neues!)

– Das mag sein; aber das macht es nicht besser. Sie kürzen bei der Wissenschaft, der Forschung und der Kunst, die Herr Kollege Pohl gerade noch so hervorgehoben hat, in diesem Doppelhaushalt rund 500 Millionen Euro. Das ist die Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN – Prof. Dr. Winfried Bausback (CSU): Das ist absurd!)

– Nein, das ist nicht absurd. Schauen Sie in den Haushaltsplan. Sie kürzen beim Einzelplan 07 über 400 Millionen Euro, obwohl wir für die bayerische Wirtschaft und für die Energiewende jeden Impuls brauchen können. Selbst bei den Themen "Bauen und Verkehr", für die wir ebenfalls Investitionen brauchen, kürzen Sie mit diesem Etat die Mittel um etwa 270 Millionen Euro. Selbst der Bildungshaushalt, den Sie so gelobt haben, wird nicht von Kürzungen verschont. Sie belaufen sich auf immerhin 300 Millionen Euro. Sie haben erklärt, dass keine Kürzungen vorgenommen würden. Diese Kür-

zungen kommen aber. Nur sagt der Finanzminister nicht transparent, wo und wie gekürzt wird. Das ist der Unterschied zu einer ehrlichen und transparenten Haushaltspolitik, die wir eigentlich von Ihnen erwartet hätten.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich will Ihnen sagen, was das in der Konsequenz bedeutet: Die Haushaltssteigerung für das Haushaltsjahr 2024 gegenüber dem Haushaltsjahr 2023 beträgt etwas über 2 Milliarden Euro. Nehme ich die Kürzungen, die Sie für das gleiche Haushaltsjahr vorgeben, dann bleibt von diesem Anstieg nur noch etwa ein Drittel übrig. Zwei Drittel gehen sofort in die Kürzungen. Sie stellen also auf der einen Seite über den Haushaltsentwurf Geld zur Verfügung, nehmen aber auf der anderen Seite zwei Drittel dieses Geldes gleich wieder weg. Das ist die finanzpolitische Logik dieses Haushalts. Das kann nicht sein. Das ist keine überzeugende Haushaltspolitik.

(Beifall bei der SPD)

Das nächste Stichwort, auf das Sie und mehrere Redner eingegangen sind, ist die Investitionsquote. Sie haben erklärt, dass NRW nur eine Investitionsquote von 11 % habe. Da müssen wir etwas genauer hinschauen. Ich nenne Ihnen einmal die Zahlen aus Bayern: Im Jahr 2018 lag die Investitionsquote in Bayern bei 11,1 %, im Jahr 2019 bei 11,8 %, und im Jahr 2020 in der Planung bei 11 %. Das ist genau das Niveau, auf dem sich NRW bewegt. Jetzt haben Sie in den Haushalt eine Investitionsquote geschrieben, die niedriger als die ist, die Sie in die Finanzplanung geschrieben haben. Schauen wir in die vergangenen Haushaltsjahre, was wir ab und zu tun sollten, dann stellen wir fest, dass Sie in den letzten Jahren, abgesehen von einem einzigen Jahr, die Zielmarke Ihrer Investitionsquote immer deutlich unterschritten haben.

Im Jahr 2022 lagen Sie um fette 3 Prozentpunkte und im Jahr 2021 um 2,5 Prozentpunkte unter der Zielmarke.

(Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER): Klar, das lag an Corona!)

– Sie haben schon vorher das Ziel deutlich gerissen. – Herr Finanzminister, damit kommen wir zum Faktencheck: Die Investitionsquote hängt insbesondere an den Baumaßnahmen. Sehen Sie einmal in Ihre eigene Funktionsübersicht. Sie wissen, wo Sie sie finden. Sie haben ja auch einen Stab hinter sich. Im Haushalt 2024 sind die staatlichen Baumaßnahmen gegenüber dem Haushalt des Jahres 2023 um 2,1 % zurückgegangen und nicht gestiegen. Wenn wir genau hinschauen beim Staatlichen Hochbau, weil das die Quintessenz der Investitionsquote ist, dann sehen wir: Dieser Etat sinkt im Jahr 2024 gegenüber 2023 um 100 Millionen Euro und damit um 8 %. Herr Minister, das ist nicht nur eine Stagnation, sondern das ist tatsächlich ein Rückschritt, obwohl doch Aufwuchs versprochen worden ist. Das widerspricht Ihren Darstellungen. Ich bitte Sie, da noch einmal in sich zu gehen. Dieser Haushaltsentwurf ist kein Investitionshaushalt, zumindest nicht bei den Baumaßnahmen oder im Staatlichen Hochbau, da dort Rückgänge zu verzeichnen sind. Das ist in diesem Fall die haushaltspolitische Wahrheit.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Kommen wir nun noch mal zum Wohnungsbau. Man kann einerseits über die Ampelkoalition schimpfen und andererseits gerne Geschenke bzw. Geldzahlungen vom Bund entgegennehmen. So passiert es nämlich bei der Wohnungsbauförderung.

(Widerspruch bei der CSU)

Natürlich machen Sie das. Der Bund gibt mehr Geld nach Bayern. Die Steigerungen in der Wohnungsbauförderung gehen auf die Steigerung durch den Bund zurück. Der Freistaat dagegen bleibt und stagniert und gibt keine einzige Million Euro mehr in die Wohnungsbauförderung, im Gegensatz zum Bund.

(Beifall bei der SPD – Widerspruch bei der CSU)

Es ist wirklich unredlich, sich dann hinzustellen und mit dem Finger auf die Ampel zu zeigen. Da bitte ich Sie, dass Sie auf die drei Finger achten, die beim Fingerzeig nach

Berlin zu Ihnen deuten. Machen Sie endlich mehr für die Wohnbauförderung im Freistaat Bayern.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ich komme nun zu den Krankenhausinvestitionen, um wichtige Punkte anzusprechen. Natürlich sind wir froh und dankbar, dass wir bei den Krankenhausinvestitionen endlich nach oben kommen. Wir müssten eigentlich in diesem Doppelhaushalt schon die Milliarde erreichen. Es sind 800 Millionen. Aber wenn man genauer hinschaut, dann sieht man, dass die Hälfte der Steigerung von den bayerischen Kommunen finanziert wird. Die Krankenhausmilliarde der Staatsregierung ist eine Krankenhausmilliarde, die in großem Umfang von der kommunalen Familie getragen wird. Das stellt im Augenblick eine zusätzliche Belastung der ohnehin stark belasteten Haushalte dar.

(Widerspruch bei der CSU)

Wenn man sich schon für eine Krankenhausmilliarde feiern lässt, dann erwarte ich zumindest, dass der Freistaat Bayern selbst in die Finanzierung geht und eine echte Krankenhausmilliarde auf den Tisch legt. Diese soll tatsächlich durch den Freistaat finanziert sein. Er sollte nicht die ohnehin stark belasteten Kommunen zur Mitfinanzierung heranziehen. Zumindest im Haushaltsjahr 2024 bezahlen die Kommunen für die Krankenhausinfrastruktur mehr als der Freistaat Bayern. So kann es nicht laufen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Ehrlich gesagt kann ich auch nicht verstehen, warum in zentralen Feldern gekürzt wird. Das mögen vielleicht im Verhältnis zum Gesamthaushalt kleinere Beträge sein, aber beim ÖPNV, bei den ergänzenden Maßnahmen, wird von 80 auf 70 Millionen zurückgeführt. Ich weiß nur, dass wir in den Kommunen, und zwar überall in Bayern, um einen dringend notwendigen Aufwuchs bei der Finanzierung des ÖPNV streiten. Es handelt sich in diesem Fall nicht nur um eine Stagnation, sondern um eine faktische Kürzung, eine Mittelkürzung.

Ich verstehe auch nicht, warum wir im Rahmen der Energiewende die Verstärkungsmittel für energetische Maßnahmen bei staatlichen Gebäuden – das ist genau das, was der Freistaat in seinem eigenen Bereich tun kann; hier kann er auch für die Bürgerinnen und Bürger Vorbild sein – im Einzelplan 09 von 25 auf 14 Millionen Euro kürzen. Warum ist das so? Ist das ein Zeichen dafür, dass man sich engagiert um die Energiewende in den eigenen Bereichen kümmert? – Nein.

Auch die Strukturförderung bzw. Wirtschaftsförderung wird uns noch Sorgen machen, vielleicht weniger im Jahr 2024, aber dafür im Jahr 2025. Da geht es auch um EU-Finanzierungen. Im Jahr 2025 sind 60 Millionen Euro weniger an Struktur- und Wirtschaftsförderung ausgewiesen als im Haushaltsjahr 2023. Wir brauchen dringend einen Aufwuchs. Das werden wir auch in den Haushaltsberatungen noch thematisieren.

Ich könnte viele andere Kürzungen wie bei der Hospizarbeit oder den Tierheimen ansprechen, möchte aber noch ein paar Punkte zur kommunalen Familie sagen. Der Städtebau wird gekürzt, die Schwimmbadförderung wird gekürzt, da können Sie mit den Verpflichtungsermächtigungen hin- und herjonglieren, wie Sie wollen. Auch das Sonderprogramm "Stadt und Land" beim Radverkehr wird gekürzt, und das Kommunalinvestitionsprogramm für finanzschwache Kommunen wird gekürzt und heruntergefahren.

Herr Pannermayr vom Bayerischen Städtetag bringt es auf den Punkt: Für die vielfältigen Problemlagen der bayerischen Kommunen bringe der kommunale Finanzausgleich leider zu wenig Unterstützung.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist beendet.

Volkmar Halbleib (SPD): Deswegen werden wir darum kämpfen, diese Punkte in den Haushaltsberatungen zu vertiefen.

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit!

Volkmar Halbleib (SPD): Ja, ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit und beim Präsidenten für seine Geduld.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der nächste Redner ist der Kollege Patrick Grossmann für die CSU-Fraktion.

Patrick Grossmann (CSU): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, werte Kolleginnen, werte Kollegen! Ich stehe heute vor der besonderen Aufgabe, als ehemaliger Kommunalpolitiker für den Freistaat Bayern zum kommunalen Finanzausgleich zu sprechen. Dass das Ergebnis nicht überall Begeisterungstürme hervorruft, das ist in Zeiten sinkender Steuereinnahmen verständlich. Dieser Finanzausgleich ist auch das Ergebnis einer problematischen Entwicklung des Standortes Deutschland. Das habe nicht ich gesagt, sondern das sagt der Präsident des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Uwe Brandl. Die Tatsache, dass die Finanzausstattung für viele Kommunen nicht auskömmlich ist, liegt vor allem an den drastisch steigenden Soziallasten durch die hohe Zuwanderung in die Sozialsysteme, die ihren Ursprung überwiegend in der Bundesgesetzgebung hat.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Deswegen brauchen wir eine grundlegende Reform der Sozialsysteme sowie eine grundsätzliche Wende in der Migrationspolitik. Trotz der schwierigen Rahmenbedingungen haben wir in den Verhandlungen ein sehr gutes Ergebnis erzielt. Das bisherige Rekordergebnis aus dem Vorjahr wird noch mal um 1,9 % übertroffen. Die bayerischen Kommunen erhalten insgesamt 11,4 Milliarden Euro. Das sorgt für Stabilität und Planungssicherheit durch den Freistaat, entgegen den Unsicherheiten beim Bund, der in der letzten Zeit oftmals über Nacht Förderprogramme zusammengestrichen hat. Das waren auch Förderprogramme für Kommunen wie zum Beispiel die Breitbandförderung.

Für den Freistaat Bayern sind leistungsstarke und finanziell gut ausgestattete Kommunen von elementarer Bedeutung. Lieber Kollege Pohl, das war auch schon bisher der Fall.

(Heiterkeit des Abgeordneten Bernhard Pohl (FREIE WÄHLER))

Im Staatshaushalt liegt immer ein Schwerpunkt auf den Kommunen; denn insgesamt circa 20 Milliarden Euro des Staatshaushaltes fließen über das FAG und andere Leistungen wie die Breitbandförderung an die Kommunen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN, bei bayerischen Kofinanzierungen sind immer auch bayerische Steuergelder enthalten. Das muss man berücksichtigen. Die höhere Mittelausstattung der Kommunen im Finanzausgleich ist vor allem deshalb gerechtfertigt, weil die Gemeinden in Bayern mit knapp 23 % im Vergleich zu allen anderen Flächenländern in Westdeutschland – dort sind es durchschnittlich 11,7 % – eine deutlich höhere Investitionsquote haben. Die bayerischen Kommunen investieren damit auf Rekordniveau und sind mit der Unterstützung des Freistaates Bayern der größte öffentliche Investor. Gerade in der derzeitigen wirtschaftlichen Situation setzen wir, und zwar auch mit der eigenen Investitionsquote im Staatshaushalt von 15 %, die richtigen Anreize für die Wirtschaft. Lieber Kollege Halbleib, man darf aber Planzahlen nicht mit echten Zahlen, nicht Äpfel mit Birnen vergleichen.

Die Schlüsselzuweisungen sind der bedeutendste Teil des kommunalen Finanzausgleichs. Sie steigen um über 4 % auf 4,44 Milliarden Euro und erreichen damit einen neuen Höchststand. Die Schlüsselzuweisungen bleiben damit als zentrales Ausgleichsinstrument eine zuverlässige Finanzquelle für die bayerischen Kommunen. Dies ist besonders für die schwächeren Kommunen ein wichtiges Signal. Denn neben der Aufstockung der Kommunalfinanzen ist es das Ziel des Finanzausgleichs, eine angemessene Steuerverteilung unter den kommunalen Ebenen sicherzustellen.

Aufgrund des hohen Investitionsbedarfs insbesondere bei Schulen und Kindertageseinrichtungen wurden die Mittel für den kommunalen Hochbau um 70 Millionen Euro

auf einen neuen Höchststand von rund 1,07 Milliarden Euro erhöht. Damit schieben wir Investitionen in Schulen und Kitas an und leisten einen erheblichen Beitrag zur Stabilisierung der Baukonjunktur.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

In unserem Gesundheitssystem wird bei der Krankenhausfinanzierung mit einem Plus von rund 156 Millionen Euro im Vergleich zum Vorjahr ein Schwerpunkt auf die bedarfsgerechte Finanzierung gelegt.

(Ruth Müller (SPD): Bedarfsgerecht?)

Mit einem Rekordbetrag von 800 Millionen Euro stellen wir das notwendige Geld für Investitionen in unsere bayerischen Krankenhäuser bereit, wobei durch die Regelungen – Herr Halbleib, das war in der Krankenhausfinanzierung schon immer so – der hälftige Anteil über die Krankenhausumlage von den Landkreisen kommt. Ich sage dafür auch ein herzliches Vergelts Gott.

Damit können wichtige Investitionen in unsere Kliniken angestoßen werden. Somit gilt auch für dieses Jahr: Es gibt keinen Investitionsstau bei bayerischen Krankenhausbauprojekten.

(Ruth Müller (SPD): Das ist doch fern der Realität! Da müssen Sie mal in die kommunalen Haushalte schauen!)

Alle notwendigen Vorhaben werden zeitnah

(Ruth Müller (SPD): Zu spät!)

in das Krankenhausprogramm aufgenommen und bedarfsgerecht gefördert.

Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen von der SPD und von den GRÜNEN, wir erledigen unsere Hausaufgaben bei der Krankenhausfinanzierung. Der Bund und allen voran unser Bundesgesundheitsminister Karl Lauterbach ist dringend aufgefordert, seiner

Verantwortung für die medizinische Versorgung unserer Bürgerinnen und Bürger gerecht zu werden.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Legen Sie endlich eine ausgewogene Krankenhausreform vor, statt Drogen freizugeben! Wir lehnen den Kahlschlag bei den Krankenhäusern im ländlichen Raum ab.

Die Mittel für die Investitionspauschale werden dieses Jahr auf dem hohen Niveau von 446 Millionen Euro fortgeführt. Der Demografiezuschlag wird verbessert, um Kommunen mit zurückgehender Bevölkerung noch stärker zu unterstützen. Zur zielgenauen Unterstützung von finanzschwachen Gemeinden stehen im Jahr 2024 100 Millionen Euro für die Bedarfszuweisungen und für die Stabilitätshilfen zur Verfügung.

Die Landratsämter erhalten für die Erfüllung ihrer staatlichen Aufgaben dieses Jahr außerhalb des kommunalen Finanzausgleichs insgesamt 71 zusätzliche Stellen. Das ist also ungefähr eine Stelle pro Landratsamt. Bis zum Jahr 2028 werden insgesamt 532 zusätzliche Stellen geschaffen.

Die Zuweisungen an die Bezirke werden dieses Jahr um 10 Millionen Euro auf 716 Millionen Euro erhöht. Damit werden die Finanzen der Bezirke gestärkt und die Umlagezahler entlastet.

Der Freistaat und die Kommunen bringen gemeinsam die Digitalisierung von Verwaltungsleistungen weiter beschleunigt voran. Unter der Federführung des Staatsministeriums des Innern wird derzeit die Verbesserung der staatlichen Fördersystematik geprüft.

Der Freistaat beteiligt sich dieses Jahr mit einer Pauschale in Höhe von 50 Euro pro Fall und Tag an den Kosten für volljährig gewordene unbegleitete Flüchtlinge. In diesem Jahr stehen hierfür insgesamt 10 Millionen Euro zur Verfügung.

Dennoch gilt: Die ausbleibende Unterstützung durch den Bund – beispielsweise bei einer auskömmlichen Betriebskostenfinanzierung der Krankenhäuser oder im Asyl- und Ausländerwesen – kann nicht allein vom Freistaat aufgefangen werden, liebe Kolleginnen und Kollegen. Der Bund muss endlich seiner Verantwortung nachkommen, Länder und Kommunen hier finanziell angemessen zu unterstützen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Ja, man kann sagen: Es war nicht mehr drin. Aber weshalb? – Das habe ich bereits ausgeführt. Trotzdem gilt: Auch in schwierigen Zeiten funktioniert die verlässliche Zusammenarbeit zwischen Freistaat Bayern und unseren Kommunen. Dafür ein herzliches Vergelts Gott.

Ich sage aber gerade deshalb auch: Starke und leistungsfähige Kommunen brauchen langfristig eine solide finanzielle Basis; denn trotz der Unterstützung durch den Freistaat steigen die Sozialausgaben drastisch. Der Freistaat stellt mit seinem starken kommunalen Finanzausgleich sicher, dass die bayerischen Kommunen ihre Aufgaben erfüllen und kraftvoll in die Zukunft investieren können. – Herzlichen Dank.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Abgeordnete Andreas Winhart.

(Beifall bei der AfD)

Andreas Winhart (AfD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, meine sehr geehrten Damen und Herren! Welches Fazit können wir bei diesem Haushaltsentwurf ziehen? – Man muss ganz klar sagen: Die fetten Jahre sind auch hier in Bayern vorbei. Das liegt natürlich an der gesamtwirtschaftlichen Situation, aber auch an vielem, was in der Vergangenheit schiefgelaufen ist, meine Damen und Herren.

Ich bin eigentlich ganz froh, dass wir heute eine Diskussion führen konnten, in der bislang das Wort "Flugtaxi" nicht vorgekommen ist, sondern in der es jetzt wirklich ums Eingemachte geht. Wir können uns jetzt wieder darauf konzentrieren, was für den Bürger gut und was nicht gut für ihn ist.

Ich freue mich, dass der Herr Zellmeier vorhin gesagt hat, dass die Opposition mitgestalten soll. Ich bin gespannt, wie viele AfD-Anträge von der Regierungskoalition wirklich angenommen werden. Wir waren ja während der letzten Jahre deutlich fleißiger als andere Oppositionsparteien und werden das auch dieses Jahr sein. Machen Sie sich da keine Hoffnungen. Wir werden den Finger aber auch ganz knallhart in die Wunde legen, meine Damen und Herren.

Wir haben von der Frau Köhler gehört, dass Berlin alles richtig macht. Meine Damen und Herren, das ist nicht richtig. Aus unserer Sicht ist Berlin nicht das Vorbild. Berlin ist nicht die Lösung. Berlin zeigt, wie man es nicht macht.

Ganz klar: Wir können uns heutzutage weitere Belastungen wie den Wassercent oder irgendwelche anderen derartigen Experimente einfach nicht mehr erlauben. Wir brauchen Entlastungen statt Belastungen, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Ansonsten war bei den GRÜNEN nicht viel Neues dabei, auch nicht beim Herrn Pohl von den FREIEN WÄHLERN. Er beklagt sich, dass sich die Klimakleber festkleben. Er hat uns auch ein bisschen was über Afrika erzählt. Das ehrt ihn sehr. Er macht dann aber gleichzeitig mit und lobt den bayerischen technischen Klimaschutz.

Meine Damen und Herren, es wird den FREIEN WÄHLERN nicht weiterhelfen, wenn sie sich dem grünen Getöse anschließen und versuchen, diese Ideologie auch auf bürgerlicher Seite weiterzutragen. Die Bürger, vor allem auch in Altötting, entscheiden sich eben gegen diese modernen Windkraftanlagen, gegen das, was die FREI-

EN WÄHLER als modern und zukunftsfähig zu verkaufen versuchen. Meine Damen und Herren, Sie sind hier auf dem falschen Weg. Kehren Sie um.

Meine Damen und Herren, wir können gleich mit den Krankenhäusern und den Krankenhausinvestitionen weitermachen. Es ist gut und wichtig, dass wir unsere Krankenhäuser modernisieren. Sie haben vorher auch – – Wo ist eigentlich der Kollege Pohl? Ist er schon wieder weg? – Oh, hat er es nicht so lange ausgehalten.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Der tut sich die Rede nicht an!)

– Er hört sich die Rede nicht an. Hätte er aber mal machen sollen,

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Er tut Sie sich nicht an!)

weil er dann noch etwas hätte mitnehmen können. Er weiß anscheinend nicht, dass unsere Krankenhäuser nicht an den Investitionen kranken. Sie kranken an den Belastungen aus Berlin, sie kranken an der Krankenhausreform. Es trifft nämlich unsere Kommunen.

Wenn Sie von den FREIEN WÄHLERN so stolz darauf sind, dass Sie unsere bayerischen Kommunen in den letzten Jahren angeblich so entlastet haben, dann müssen wir jetzt aber feststellen, dass den Kommunen unter dem Strich nicht viel geblieben ist. Es sind keine Reserven geblieben, und die Defizite der bayerischen öffentlichen Krankenhäuser müssen jetzt von den Landkreisen ausgeglichen werden. Viele schaffen das fast nicht mehr. Viele Kliniken stehen vor der Pleite, meine Damen und Herren. Man muss einfach sehen, dass da viele Gelder anderswo investiert wurden. Rücklagen hat man nicht geschaffen.

Wir lassen uns von den FREIEN WÄHLERN bezüglich kommunaler Finanzen sicherlich nichts mehr beibringen. Sie haben an dem Punkt vollkommen versagt, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Der Vollständigkeit halber: Der Kollege Halbleib von der SPD hat auch gesprochen. – Wissen Sie, da war auch nicht viel Neues dabei. Ich muss ganz ehrlich sagen, ich kann dieses Wehklagen von der SPD nicht mehr hören. Es ist nicht mehr auszuhalten.

Es ist mit diesem verspäteten Haushalt eigentlich ganz einfach, das betrifft auch die Kollegin Köhler: Sie hätten die Chance gehabt, unserem Dringlichkeitsantrag im Ausschuss bereits im Januar zuzustimmen. Dann hätte man das Ganze mehrere Wochen früher gehabt.

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Sie haben es nicht getan. Sie haben sich die Blöße gegeben, unsere Forderung nach früherer Zuleitung des Haushalts abzulehnen. Gleichzeitig haben Sie selbst einen Antrag so verspätet eingereicht, dass die Zuleitung des Haushaltsentwurfs an den Landtag vorher erfolgt ist. Ganz ehrlich: Peinlicher geht's nicht. Wenn es Ihnen nur darum geht, der AfD nicht recht geben zu müssen, dann machen Sie lieber gar nichts als solche Verfehlungen, wie Sie sie sich in den letzten Wochen geleistet haben, meine Damen und Herren.

(Beifall bei der AfD)

Der Finanzminister hat den Haushaltsentwurf vorgelegt. Es gibt einen Punkt, in dem ich ihm zustimme: Wir müssen mehr Geld erwirtschaften. Das Geld, das wir aus unserem Budget verteilen und ausgeben wollen, muss erwirtschaftet werden. Meine Damen und Herren, das ist vollkommen richtig. Es bringt aber nichts, nur mehr Subventionen im Glauben daran zu verteilen, dass sie dann schon irgendwie wirken werden. Nein, wir müssen von dieser massiven Steuerlast runter.

Herr Füracker, jetzt frage ich Sie: Welche Steuern oder Belastungen für Unternehmer, Selbstständige, Handwerker oder Landwirte wurden denn in Bayern gesenkt? Welche wollen Sie denn reduzieren?

(Zuruf des Abgeordneten Tim Pargent (GRÜNE))

Es ist ja nicht viel möglich.

(Staatsminister Albert Füracker: Der Bundestag ist für die Steuergesetze zuständig!)

– Das ist richtig, ja. Sie haben aber auch die Möglichkeit, sich für Veränderungen in Berlin über den Bundesrat starkzumachen. Auch das ist in dem Fall nicht geschehen.

(Michael Hofmann (CSU): Das haben wir doch gemacht! Sie kennen doch die Anträge im Haushaltsausschuss!)

– Natürlich kenne ich die Regeln. Herr Hofmann, beruhigen Sie sich! Meine Worte tun natürlich weh. Das ist vollkommen klar.

(Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Ich kann Ihnen noch etwas sagen. Wir schauen jetzt einfach mal in den Haushaltsentwurf hinein. Dann sehen wir, dass die Zinslasten in den nächsten Jahren massiv steigen werden. Woran liegt das? – Man hat die Anleihen zu kurzfristig ausgegeben. Man hat Geld damals falsch investiert. Meine Damen und Herren, jetzt fehlt der finanzielle Spielraum. Wir hätten das anders gemacht.

Insgesamt muss man klar konstatieren: Bayern hat zu hohe Schulden. Wir wollen, dass diese Schulden auch getilgt werden. Diese Schuldentilgung gehen Sie nicht energisch genug an. Herr Hofmann, das mag jetzt bitter sein für Sie; aber das ist einfach die Wahrheit:

(Michael Hofmann (CSU): Ganz bestimmt nicht, wenn es von Ihnen kommt!)

Das, was Sie nicht an Schulden tilgen, belastet in den nächsten Jahren durch Zinsen unseren Haushalt, und was insgesamt noch da ist, belastet ganze Generationen.

(Felix Locke (FREIE WÄHLER): Und Ihre Politik unsere Gesellschaft!)

– Herr Kollege, vielleicht können Sie mal etwas zum Thema beibringen.

Wir werden hier nicht nur die Wunschliste vortragen, wie das andere Fraktionen tun, nein, wir werden auch klar aufzeigen, wo Steuergelder eingespart werden können. Deshalb gehen wir jetzt in medias res. Wir haben uns das mal angeschaut.

Meine Damen und Herren, die Staatskanzlei gibt im nächsten und übernächsten Jahr für Orden und Ehrenzeichen deutlich mehr Geld aus: nicht mehr nur 621.000, sondern 686.000 Euro.

(Unruhe)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ein bisschen mehr Ruhe, bitte!

Andreas Winhart (AfD): Gleichzeitig haben wir Kürzungen bei der Traditionspflege, beispielsweise bei den Gebirgsschützen von 540.000 auf 50.000 Euro runter. Eine Erhöhung gibt es dagegen beim Personal des Verfassungsschutzes: Bei ihm verzeichnet man einen Zuwachs von 574 auf 616 Stellen. In Euro ist das eine Erhöhung von 62,6 Millionen auf 68,6 Millionen Euro. Ich glaube, der Kollege Pohl würde das Geld lieber für Maßnahmen gegen Klimakleber und andere Irre ausgeben. Man kann fast vermuten, wofür das Geld hier investiert wird, nämlich dafür, die Opposition zu bespitzeln, meine Damen und Herren.

(Michael Hofmann (CSU): Das betrifft gleichermaßen den Linksextremismus als auch den Rechtsextremismus!)

Ich fahre mit dem Einzelplan 08, Landwirtschaft, fort. Meine Damen und Herren, unsere Dirndl-Ministerin gibt für Öffentlichkeitsarbeit mehr aus, nämlich nicht mehr nur 250.000, sondern 300.000 Euro. Unsere Landwirte, für die Sie sich angeblich so einsetzen, wird sicherlich interessieren, dass die KULAP-Gelder für das Jahr 2024 gegenüber dem Jahr 2023 gekürzt werden, nämlich von 186 Millionen auf 177 Millionen Euro. Sie sparen folglich bei der Landwirtschaft.

Ich fahre mit dem Einzelplan 09, Bau, fort. Die Städtebauförderung wird von 337 Millionen auf 316 Millionen bzw. 312 Millionen Euro gekürzt. Die Gelder für die zweite

Stammstrecke werden dagegen erhöht. Wir hatten aus gutem Grund in der 18. Wahlperiode auch einen Untersuchungsausschuss dazu. Die Gelder für die zweite Stammstrecke steigen von 43 Millionen Euro auf 127,5 Millionen Euro bzw. 123 Millionen Euro.

(Johannes Becher (GRÜNE): Sie sind doch für die zweite Stammstrecke!)

Dann haben wir das Thema Straßenbau. Es wird damit geprahlt, dass man die Ausgaben von 450 Millionen auf 500 Millionen Euro erhöht. Die Regierenden setzen aber wie auch die GRÜNEN mehr auf die Schiene. Die Ausgaben steigen von 1,7 Milliarden auf 2,1 Milliarden Euro. Gleichzeitig spart man bei den Familien am Baukindergeld: Die Ausgaben dafür sinken von 37,5 Millionen auf 20 Millionen Euro.

Ich fahre mit dem Wohlstandsverlust in Bayern fort. Ich gehe in den Bereich des Gesundheitsministeriums. Dort finden wir das Landesamt für Pflege, das einen ordentlichen Personalaufwuchs hat. Auch dort wiehert der Amtsschimmel: Die Ausgaben steigen von 11,8 Millionen auf 13,7 Millionen bzw. 14,6 Millionen Euro. Wir haben vorhin davon gesprochen, dass wir die Bürgerinnen und Bürger entlasten wollen, dass wir die Wirtschaft von Gebühren entlasten wollen. Herr Hofmann, bitte passen Sie jetzt gut auf. Wir haben im Gesundheitsministerium beispielsweise Einnahmen aus den Tätigkeiten der Ethik-Kommission bezüglich Arzneimitteln und Medizinprodukten. Dort steigern sich die Einnahmen auf 896.000 Euro.

Ich fahre fort im Bereich Gesundheit. Kur- und Heilbäder leiden auch unter Kürzungen.

(Michael Hofmann (CSU): Rhetorisch "sehr ausgefeilt", muss man sagen!)

Ich fahre mit der Cannabisprävention fort. Man hat beschlossen, für die bayernweite Cannabisprävention 15 Stellen zu schaffen. Dann haben wir noch die Vereinigung der Pflegenden in Bayern, zu der wir demnächst eine Anhörung durchführen, wie sinnvoll diese Vereinigung überhaupt ist. Trotzdem geben wir 1,7 Millionen Euro jährlich für sie aus bzw. im – –

(Johannes Becher (GRÜNE): Sie lesen einfach den Haushaltsplan vor! – Zuruf des Abgeordneten Toni Schuberl (GRÜNE))

– Herr Schuberl, wir kritisieren das, weil das Ihre Vereinigung der Pflegenden ist, die Ihnen angeblich so wichtig ist. Mit uns hätte es das nicht gegeben, weil wir längst gesagt haben: Wir wollen diese Vereinigung der Pflegenden abschaffen. 1,7 Millionen Euro hätten wir dem bayerischen Steuerzahler erspart.

(Michael Hofmann (CSU): Das ist eine ziemlich emotionslose Vorlesestunde, die Sie hier halten! Ein Glück, dass das aufgeschrieben wird!)

Ein letztes Highlight habe ich noch: Im zukunftssträchtigen Digitalministerium der FREIEN WÄHLER sinkt der Gesamtetat; dennoch werden 21 Millionen Euro für das Ministerium und zweimal 49 Millionen Euro für den IT-Beauftragten ausgegeben. Der IT-Beauftragte bekommt mehr Geld als das gesamte Ministerium.

Meine Damen und Herren, Sie sehen, hier ist einiges an Murks drin. Wir werden das in den nächsten Wochen konstruktiv korrigieren.

(Beifall bei der AfD – Lachen bei der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Der nächste Redner ist der Kollege Tim Pargent für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN.

Tim Pargent (GRÜNE): Sehr geehrtes Präsidium, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ich möchte meine gesamte verbliebene Redezeit den Kommunal финанzen widmen, und zwar nicht nur weil ich aus Oberfranken komme und wir dort hin und wieder in der einen oder anderen Kommune Probleme haben, sondern weil ich es für das ganze Land für wichtig erachte, dass unsere Kommunen handlungsfähig sind. Ich meine, dass das Vertrauen in Staat und Politik immer vor Ort beginnt und es auch vor Ort erodieren kann, wenn Bürgermeisterinnen und Bürgermeister nur noch den Mangel verwalten und nicht mehr gestalten können, wenn sie zum Beispiel unter Aufsicht stehen. Ich glaube, deswegen ist es wichtig, dass wir uns den Kommunal финанzen, die

in diesen Haushaltsdebatten immer etwas zu kurz kommen, auch entsprechend widmen. Dafür müssen wir uns anschauen, wie es um die Kommunen und ihre jeweilige finanzielle Situation bestellt ist.

Die Steuereinnahmen sind auch in unseren Kommunen nicht besonders üppig. Die Tarifsteigerungen schlagen auch dort voll rein. Wir haben Kostensteigerungen. Schauen wir uns mal das Thema Soziales und Krankenhäuser an. Wir haben hohe Baukosten, die uns im ganzen Land davongaloppiert sind. Die Kommunen müssen aber auch neue Aufgaben erfüllen. Niemand kann leugnen, dass man sich in den Kommunen beispielsweise auch des Themas Klimaschutz annehmen muss. Wir haben aber auch soziale Träger mit Schwierigkeiten, ihren Eigenanteil aufzubringen. Die ersten Insolvenzen stehen bevor. Wir müssen teilweise auch auf staatliche Fördermittel warten. Ich erinnere mich an das Thema RZWas, die zwischenfinanziert werden mussten. Auch das war nicht wirklich schön.

Schauen wir uns den kommunalen Finanzausgleich und die Verhandlungen an. Der Städtetag sagt zu Recht: Deutlich hinter den Erwartungen zurückgeblieben. Der Kollege von der CSU sagt: Mehr war nicht drin. Das ist bei diesem Thema natürlich schade.

Wir haben beim Finanzausgleich einen leichten Anstieg. Ich will das gar nicht in Abrede stellen. Nehmen wir mal die Entwicklung des FAG von 2021 bis 2024. Wir haben dort ein Plus von 11,2 %. Die Inflation betrug im gleichen Zeitraum allerdings 16 %. Die Baupreise stiegen im gleichen Zeitraum um 38 %. Wenn die Fixkosten steigen, wird man ziemlich sicher bei den variablen Kosten – das sind oft die Investitionen – einen kalten Entzug erleben. Das ist für unsere Kommunen schade. Ich meine, das sollten wir nicht riskieren.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Ich sage nicht, dass alles am FAG schlecht ist, ganz sicher nicht. Da wird eine Stange Geld bewegt. Aber das große Selbstlob, das ich in der Einbringungsrede heute gehört habe, auch in der Pressekonferenz mit den kommunalen Spitzenverbänden, finde ich

in Anbetracht dieser Zahlen doch etwas unangemessen. Mich erinnert das ein bisschen an meine Schulzeit, als ich mit Ach und Krach noch eine Vier in der Latein-Schul-aufgabe hinbekommen habe

(Martin Wagle (CSU): Oh!)

und es daheim meinen Eltern mit großem Tamtam wie eine Eins und als einen großen Erfolg vormachen wollte. In der Rückschau hat es doch von mangelnder Selbstkritik gezeugt, die nicht dazu geführt hat, dass man das nächste Mal eine Eins oder eine Zwei geschrieben hat, sondern das nächste Mal ganz sicher eine Fünf heimgebracht hat. Ich befürchte, dass uns so etwas auch bei den Kommunalfinanzen droht, dass wir, wenn wir bei den Kosten hier nicht mitgehen, einen kalten Entzug insbesondere bei den Investitionen vor Ort erleben werden.

(Beifall bei den GRÜNEN – Zuruf des Abgeordneten Martin Wagle (CSU))

Dieser Finanzausgleich kommt nicht mehr mit den Kosten, mit den Aufgaben und mit den Themen mit, die die Kommunen vor Ort haben.

Wir meinen, es braucht zum Beispiel einen stärkeren Ausgleich zwischen starken und schwachen Kommunen. Der Steuerverbund wurde gestärkt, habe ich heute gehört. Das ist korrekt; die Gewerbesteuerumlage ist entfallen. Allerdings: Für wen ist das gut? – Für gewerbesteuerstarke Kommunen. Das ist gut für Coburg, für Erlangen, München, Grünwald. Es ist aber schlecht für Hof. Dort bleibt nun mal weniger hängen. Das ist ein Fakt.

Zweites Thema: Auch mal den Förderdschungel bei unseren Kommunen angehen. Wir leisten uns eine dreistellige Anzahl von Förderprogrammen. Herr Finanzminister, ich habe heute aufmerksam die Zahl gehört, dass am Ende 29 % des Staatshaushalts auf irgendeinem Weg bei den Kommunen ankommen. Betrachten wir nur mal die Schlüsselzuweisungen, die sozusagen wirklich in die Grundfinanzierung unserer Kommunen gehen. Die betragen weniger als 7 % des Haushalts. Das heißt, es kommt drei-

mal mehr Geld über diverse Förderprogramme bei den Kommunen an als in der Grundfinanzierung über die Schlüsselzuweisungen.

(Zuruf des Staatsministers Albert Füracker)

Ich finde, das ist ein Ungleichgewicht, das wir uns da mittlerweile leisten. Wir meinen: mehr Grundfinanzierung statt goldener Zügel. Das kommt dann auch bei den finanzschwächeren Kommunen an. Was erleben wir denn da? – Wir erleben insbesondere bei den Kommunen, die in der Haushaltskonsolidierung sind, dass es manchmal schon am Vermögen mangelt, den zehnpromzentigen Eigenanteil aufzubringen, um die Förderprogramme abzurufen. Das beste Förderprogramm hilft nichts, wenn die Kommunalaufsicht den Eigenanteil streicht.

(Beifall bei den GRÜNEN – Johannes Becher (GRÜNE): So ist es!)

Wir sollten uns aber auch ehrlich machen – das ist jetzt zwar ein Bundesthema, aber das gehört hier auch zu den Kommunalfinanzen, denn die Gewerbesteuer ist nun mal die Haupteinnahmequelle, statistisch betrachtet –, dass wir uns auch das Thema Gewerbesteuerreform einmal anschauen müssen. Dass eine derart schwankende und über das Land ungleich verteilte Einnahmequelle als Haupteinnahmequelle der Kommunen angelegt ist, obwohl die Kommunen doch alle sehr konstant über das Jahr verteilt ähnliche Ausgaben und Aufgaben haben, müssen wir uns dringend einmal anschauen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Im Fazit komme ich dazu, dass wir beim kommunalen Finanzausgleich echte Reformen brauchen statt dem Klein-Klein und den kleinen Schritten von "mehr war nicht drin in unserem kommunalen Finanzausgleich". Das wäre wichtig, damit die Investitionen mittel- und langfristig nicht auf der Strecke bleiben.

Letzter Satz noch zu den Haushaltsberatungen, die in den nächsten Wochen im Haushaltsausschuss anstehen: Das Haushaltsrecht ist nun einmal das Budgetrecht und

wird häufig als das Königsrecht bezeichnet. Wir haben in den letzten fünf Jahren schon ab und zu mal gefragt, ob wir dem nachkommen. Ich meine, nicht die Verteilung der sogenannten Fraktionsreserve ist das Königsrecht, sondern die Arbeit am gesamten Haushalt. Ich meine, wir könnten ein gutes Zeichen an die Menschen im Land senden, –

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, Ihre Redezeit ist zu Ende.

Tim Pargent (GRÜNE): – wenn die gewählten Abgeordneten an dem Haushalt wirklich mitwirken, an dem Haushaltsentwurf noch substantielle Änderungen im Sinne der Menschen vornehmen. Das finde ich wichtig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt noch eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung des Abgeordneten Prof. Ingo Hahn vor.

Prof. Dr. Ingo Hahn (AfD): Geschätzter Herr Pargent von den GRÜNEN, Sie zelebrieren sich hier als jemand, der sich für die Kommunalpolitik und die Nöte der kleinen Kommunen einsetzt, übrigens genau wie Herr Kollege Grossmann von der CSU vorher. Wenn man jetzt aber einmal schaut, worunter die Kommunen leiden, erkennt man doch diese Problematik, dass es keine geschützten Grenzen gibt; es gibt einfach viel zu wenige Abschiebungen von hier nicht bleibeberechtigten Menschen. Genau dieses Problem gehen Sie nicht an.

(Unruhe)

Im Gegenteil, Sie fordern auch noch Gelder dafür. Sie fordern sie aus Bayern, der Kollege Grossmann fordert noch mehr Gelder aus Berlin. Wann ändern Sie denn eigentlich mal den Kern dieser Problematik? Dieses Geld müsste man gar nicht ausgeben, würde man eine anständige Politik für die Bayern machen, die das alles finanzieren müssen, und mal schauen, wer hier ein Bleiberecht hat und wer nicht. Damit würden Sie den Kommunen doch mal richtig helfen.

(Beifall bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Herr Kollege, bitte.

Tim Pargent (GRÜNE): Erstens zelebriere ich mich hier als gar nichts, und zweitens sollten eher Sie sich einmal fragen, ob das wirklich Ihr Ernst ist, auf jedes Problem in unserem Land, hier Thema Kommunal финанzen, immer mit der gleichen Keule einzuschlagen nach dem Motto: Die Ausländer sind schuld. Glauben Sie wirklich, die Menschen glauben das? Es ist wirklich hanebüchen, dass Sie hier immer die gleichen einfachen Erklärungsmuster haben. Das geht an der Realität wirklich komplett vorbei.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Maximilian Böttl.

Maximilian Böttl (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrter Herr Vizepräsident!

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Die Sitzung leitet jemand anders.

(Heiterkeit – Tanja Schorer-Dremel (CSU): Sie ist anwesend!)

Maximilian Böttl (CSU): Sie ist da, ich habe genau aufgepasst. – Liebe Kolleginnen und Kollegen, verehrte Gäste und Zuhörer, in meinem Stimmkreis, daheim in Ottonbrunn, haben wir eine ganz besondere Verbindung zu den Griechen und ihrem bayerischen König Otto. Diese engen weiß-blauen und blau-weißen Bande reichen aber offensichtlich noch viel weiter zurück in die Vergangenheit, bis in die Antike. Der erste Bayer in Griechenland muss Odysseus gewesen sein, zumindest sind die Parallelen zur laufenden Haushaltsdebatte doch recht deutlich.

(Toni Schuberl (GRÜNE): Der war auf einer Irrfahrt!)

Die Sirenen der Opposition versuchen uns zu betören mit ihrem Gesang vom schnellen, einfachen, süßen Schuldensuchen; denn genau dazu würde Ihre ellenlange Liste an Forderungen letztendlich führen. Aber Odysseus in Gestalt des sturmerprobten, standhaften Finanzministers, Chef der Bayerischen Seenschifffahrt, widersteht mit seiner Besatzung und legt erneut einen Haushalt ohne Schulden vor.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Das übrigens nicht, weil er wie Odysseus an den Mast gebunden wäre – mit der Schuldenbremse hätten wir sogar das passende Werkzeug dafür –, nein, sondern aus der einfachen Überzeugung heraus, dass der Staat nur das Geld ausgeben kann, das er vorher eingenommen hat. Das hat er vorhin eindrucksvoll geschildert.

So setzen wir jetzt mit den Haushaltsberatungen gemeinsam die Segel, nehmen mit der neuen Legislatur Fahrt auf. Als CSU-Fraktion sehen wir an Bord für uns drei Hauptaufgaben: erstens das Ziel einstellen, zweitens Kurs halten und drittens alle ins Boot holen.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf des Abgeordneten Johannes Becher (GRÜNE))

Das Ziel dieses Doppelhaushalts ist bereits jetzt mit dem ersten Entwurf ganz eindeutig: Es geht um die Zukunft, es geht um die allerbesten Chancen für unsere junge Generation. Nur mal ein ganz kleiner Ausschnitt – einiges ist schon genannt worden –: 52 Milliarden Euro für Bildung und Wissenschaft, 2,5 Milliarden Euro für Umwelt- und Klimaschutz, über 2 Milliarden Euro für den Wohnungsbau.

Wir gestalten das Übermorgen, andere bewältigen die Vergangenheit; denn nichts anderes ist es doch, wenn die Zinsausgabenquote im Bund inzwischen bei bald 10 % liegt. Das heißt, jeder zehnte Euro wird dann von den Zinsen weggefressen ohne Mehrwert für die Menschen. Wenn Sie heute die Bundesmittel als Geschenke für Bay-

ern rühmen, dann darf man dazu bitte gerne darauf hinweisen, dass auch dieses Geld zum Großteil der bayerische Steuerzahler finanziert.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Wir in Bayern bauen Schulden ab, seit 2011 fast 6 Milliarden Euro, in den nächsten beiden Jahren noch mal 100 Millionen Euro, damit wir mittelfristig möglichst gar keine Zinslasten, gar keine Altlasten mehr an nachfolgende Generationen übergeben müssen.

Auch der angedachte Kurs zu unseren Zielen hin ist mit dem Doppelhaushalt ganz klar. Die Steuerschätzungen fallen leider schlechter aus. Also kommen wir langsamer voran, als wir gerne möchten, eben weil unserer Wirtschaft der Rückenwind aus dem Bund fehlt. Deshalb braucht es jetzt einen Zweiklang: erstens Wachstumsimpulse für die Wirtschaft, zweitens Entlastungen für die Wirtschaft, also eigene bayerische Impulse für unsere Unternehmen. In Summe werden jetzt über 22 Milliarden Euro gezielt investiert statt breit subventioniert.

(Ruth Müller (SPD): Da wäre der Wirtschaftsminister gefragt!)

Beispielsweise durch die Hightech Agenda, ausgestattet mit weiteren 1,1 Milliarden Euro, sorgen wir dafür, dass aus Ideen Produkte und aus den Start-ups von heute die Weltmarktführer von morgen werden können und aus "Born in Bavaria" auch wieder "Made in Bavaria" wird, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

An dieser Stelle ganz kurz zur Fraktionsinitiative, die ja auch angesprochen worden ist. Nur ein Beispiel: Für den neuen Laser am Lehrstuhl von Ferenc Krausz in Garching konnten aus diesem Topf 2,5 Millionen Euro investiert werden. Wir können uns doch nicht ernsthaft für die Nobelpreise feiern lassen und danach die Grundlagen dafür infrage stellen!

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Aber auch dem Handwerk, dem Mittelstand wird geholfen, unter anderem mit dem Mittelstandskreditprogramm mit einem Volumen von fast 50 Millionen Euro oder mit dem Meisterbonus mit einem Volumen von fast 100 Millionen Euro.

Zum Investieren kommt dann das Reduzieren, weniger Ballast für die Wirtschaft, also Reisen auf diesem Schiff mit leichtem Gepäck. Der Abbau von Bürokratie ist übrigens auch aus haushälterischer Sicht gleich dreifach sinnvoll: Er kostet kaum Geld, erhöht die Produktivität und die Einnahmen, letztendlich auch beim Staat, und er spart dauerhaft Personal, wenn wir die Digitalisierung der Verwaltung und die Einführung von KI in den Behörden weiter vorantreiben und wenn wir vor allen Dingen den Mut haben, Strukturen und Prozesse auf allen Verwaltungsebenen auch ganz grundsätzlich auf den Prüfstand zu stellen. Das wird genauso wie übrigens auch die Behördenverlagerung in den ländlichen Raum hinein die Handschrift der CSU tragen. Wenn das die Kolleginnen und Kollegen der FREIEN WÄHLER bitte dem Herrn Pohl noch übermitteln.

Das Ziel steht also fest, der Kurs ist klar. Jetzt brauchen wir noch ein gutes Miteinander auf der Route. Da sitzen wir übrigens nicht nur beim Haushalt alle in einem Boot, auch die Opposition. Ihre Kritik von heute wirkt allerdings bisher auf mich eher so, als wollten Sie gar nicht mitkommen in die Zukunft, sondern lieber zu Hause bleiben oder in die Vergangenheit zurücksegeln.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Im Gegenteil!)

Der einzige Kritikpunkt, der in der Debatte übrig geblieben ist, ist die Zeitachse. Schauen wir uns das genauer an: Drei Monate nach der Kabinettsbildung hat der Ministerrat den Entwurf final verabschiedet. Ist Ihnen das bei einem Volumen von 150 Milliarden Euro ernsthaft zu langsam gewesen?

(Claudia Köhler (GRÜNE): Das Parlament beschließt!)

Drei Monate Beratungszeit sind ab jetzt vorgesehen. Ist Ihnen das bei einem Volumen von 150 Milliarden Euro ernsthaft zu viel und zu lange? Natürlich könnten wir die Beschlussfassung über den Haushalt deutlich früher machen und nach vorne ziehen. Das ginge aber, wie vorhin schon erwähnt wurde, zulasten Ihrer Rechte als Opposition und vor allen Dingen zulasten einer gründlichen Beratung im zuständigen Ausschuss.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Zuruf von den GRÜNEN)

Deshalb ermöglicht die Bayerische Verfassung für die Zwischenzeit die Haushaltsführung auf Basis des Vorjahres. Insoweit haben alle Planungssicherheit, auch die Kommunen. Beim Ganztag ist fast eine Milliarde Euro für die nächsten beiden Jahre vorgesehen. Anstatt sich darüber zu freuen, dass das mehr wird und wir das vor Ort ordentlich ausbauen können und dann bedarfsgerecht antreten können, wird bemängelt, dass es zwei Monate zu spät kommt.

(Claudia Köhler (GRÜNE): Ein halbes Jahr!)

Da habe ich kein Verständnis. Wir haben Planungssicherheit und kommen auch in dem Bereich sehr gut voran.

Deswegen sagen wir als CSU: Lieber einen sauber aufgestellten, gründlich diskutierten Haushalt als Hudelei und Schlamperei, die dann vom Gericht gestoppt werden muss.

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER)

Falls Sie die verbleibende Zeit irgendwie anderweitig nutzen wollen, dann hätte ich einen Vorschlag: Helfen Sie im Bund mit, den unsäglichen Länderfinanzausgleich endlich vom Kopf auf die Füße zu stellen!

(Ruth Müller (SPD): Wer hat denn den verhandelt?)

Nachdem morgen Nockherberg ist, sei mir noch eine Anmerkung dazu gestattet: Wenn wir jetzt auf hoher See wären, würde ich Sie bitten: Helfen Sie mit, dass wir die über 9 Milliarden Euro, die die Berliner Piraten mit Ihrem Cannabis-Kutter jedes Jahr von unserem bayerischen Boot abziehen, zurück nach Hause holen, wo dieses Geld auch hingehört!

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Claudia Köhler (GRÜNE): Also bitte!)

Aber jetzt ahoi! Das ist übrigens auf Griechisch und Bairisch das gleiche Wort. Leinen los für Bayerns Zukunft und für die Menschen in unserer wunderschönen Heimat!

(Beifall bei der CSU sowie Abgeordneten der FREIEN WÄHLER – Ruth Müller (SPD): Das war jetzt eine rechte Irrfahrt des Odysseus!)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist hiermit geschlossen. Nach § 148 der Geschäftsordnung sind beide Gesetzentwürfe dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen als federführendem Ausschuss zu überweisen. Erhebt sich Widerspruch? – Nein. Dann ist es so beschlossen.



Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Staatshaushalt und Finanzfragen

1. Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 19/411

zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2024)

2. Änderungsantrag der Abgeordneten Andreas Jurca, Andreas Winhart, Johann Müller und Fraktion (AfD)

Drs. 19/1872

zum Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2024) (Drs. 19/411)

I. Beschlussempfehlung:

Zustimmung

Berichtersteller zu 1: **Patrick Grossmann**
Berichtersteller zu 2: **Andreas Winhart**
Mitberichtersteller zu 1: **Tim Pargent**
Mitberichtersteller zu 2: **Patrick Grossmann**

II. Bericht:

1. Der Gesetzentwurf wurde dem Ausschuss für Staatshaushalt und Finanzfragen federführend zugewiesen. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Gesetzentwurf mitberaten. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf endberaten.
2. Der federführende Ausschuss hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 19/1872 in seiner 24. Sitzung am 24. April 2024 beraten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Ablehnung

Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/1872 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

3. Der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 19/1872 in seiner 10. Sitzung am 15. Mai 2024 mitberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/1872 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

4. Der Ausschuss für Verfassung, Recht, Parlamentsfragen und Integration hat den Gesetzentwurf und den Änderungsantrag Drs. 19/1872 in seiner 9. Sitzung am 16. Mai 2024 endberaten.

Hinsichtlich des Gesetzentwurfes hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Zustimmung
FREIE WÄHLER: Zustimmung
AfD: Ablehnung
B90/GRÜ: Zustimmung
SPD: Ablehnung
Zustimmung empfohlen.

Hinsichtlich des Änderungsantrags Drs. 19/1872 hat der Ausschuss mit folgendem Stimmresultat:

CSU: Ablehnung
FREIE WÄHLER: Ablehnung
AfD: Zustimmung
B90/GRÜ: Ablehnung
SPD: Ablehnung
Ablehnung empfohlen.

Josef Zellmeier
Vorsitzender



Beschluss

des Bayerischen Landtags

Der Landtag hat in seiner heutigen öffentlichen Sitzung beraten und beschlossen:

Gesetzentwurf der Staatsregierung

Drs. 19/411, 19/2165

Gesetz zur Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes und der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (Finanzausgleichsänderungsgesetz 2024)

§ 1

Änderung des Bayerischen Finanzausgleichsgesetzes

Das Bayerische Finanzausgleichsgesetz (BayFAG) in der Fassung der Bekanntmachung vom 16. April 2013 (GVBl. S. 210, BayRS 605-1-F), das zuletzt durch § 2 des Gesetzes vom 23. Juni 2023 (GVBl. S. 246) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Art. 7 Abs. 2 wird wie folgt geändert:
 - a) Nach Nr. 4 wird folgende Nr. 5 eingefügt:

„5. den kreisfreien Gemeinden eine ergänzende Zuweisung zu ihren staatlichen Aufgaben im übertragenen Wirkungskreis in Höhe von 2 € je Einwohner und Haushaltsjahr,“.
 - b) Die bisherige Nr. 5 wird Nr. 6.
2. In Art. 12 Abs. 4 Satz 1 wird die Angabe „5 Prozent“ durch die Angabe „3 Prozent“ ersetzt.
3. In Art. 13 Abs. 2 Satz 2 wird die Angabe „58 250 000 €“ durch die Angabe „43 250 000 €“ ersetzt.
4. Art. 13e wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird die Angabe „150 000 000 €“ durch die Angabe „165 000 000 €“ ersetzt.
 - b) In Satz 2 werden die Wörter „In den Jahren 2021 bis 2024 können unter Berücksichtigung der Dringlichkeit jeweils“ durch die Wörter „Unter Berücksichtigung der Dringlichkeit können“ ersetzt.
 - c) Satz 4 wird aufgehoben.
5. In Art. 15 Abs. 2 Nr. 4 Satz 4 wird die Angabe „Art. 88 Abs. 4 AGSG“ durch die Wörter „Art. 87 Abs. 4 des Gesetzes zur Ausführung der Sozialgesetze“ ersetzt.
6. Art. 18 Abs. 4 und Art. 21 Abs. 4 werden aufgehoben.

§ 2

Änderung der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz

Die Bayerische Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (FAGDV) vom 19. Juli 2002 (GVBl. S. 418, BayRS 605-10-F), die zuletzt durch § 4 des Gesetzes vom 23. Juni 2023 (GVBl. S. 246) geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. In § 5 Abs. 1 werden die Wörter , „Arbeitslosen nach Gemeinden, Kreisen, Regierungsbezirken und Ländern“ der Statistik der Arbeitslosen und Arbeitssuchenden¹ durch die Wörter ,Statistik „Arbeitslose – Kreise und Gemeinden (Monats- und Jahreszahlen)“² ersetzt.
2. § 19 Abs. 3 wird wie folgt gefasst:

„(3) Datenquelle ist für die Darstellungen nach Abs. 2 Nr. 1 bis 4 und 7 bis zum Berichtsjahr 2022 die Fachserie 14, Reihe 2 des Statistischen Bundesamts, ab dem Berichtsjahr 2023 die Veröffentlichung „Statistischer Bericht – Vierteljährliche Kasenergebnisse der Kern- und Extrahaushalte des Öffentlichen Gesamthaushalts – 1. - 4. Vierteljahr“ des Statistischen Bundesamts, für die Darstellungen nach Abs. 2 Nr. 5 und 6 bis zum Berichtsjahr 2021 die Fachserie 14, Reihe 5 des Statistischen Bundesamts, ab dem Berichtsjahr 2022 die Veröffentlichung „Statistischer Bericht – Schulden des Öffentlichen Gesamthaushalts“ des Statistischen Bundesamts und für die Darstellungen nach Abs. 2 Nr. 8 der Haushaltsplan des Freistaates Bayern.“
3. In § 22 Abs. 1 Satz 1 wird nach der Angabe „4“ die Angabe „ , 5“ eingefügt.

§ 3

Weitere Änderung der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz

§ 22 der Bayerischen Durchführungsverordnung Finanzausgleichsgesetz (FAGDV) vom 19. Juli 2002 (GVBl. S. 418, BayRS 605-10-F), die zuletzt durch § 2 dieses Gesetzes geändert worden ist, wird wie folgt geändert:

1. Abs. 1 wird wie folgt geändert:
 - a) In Satz 1 wird nach der Angabe „12,“ die Angabe „13a, 13b,“ eingefügt.
 - b) Nach Satz 1 wird folgender Satz 2 eingefügt:

„²Satz 1 gilt auch für Winterdienstkostenpauschalen aus Mitteln des Art. 13c Abs. 1 BayFAG, die als Zuschläge zu den Leistungen nach Art. 13a und 13b BayFAG bewilligt werden.“
 - c) Die bisherigen Sätze 2 und 3 werden die Sätze 3 und 4.
2. In Abs. 2 wird die Angabe „ , 13a und 13b Abs. 1“ gestrichen.
3. Abs. 3 wird aufgehoben.

§ 4

Inkrafttreten

¹Dieses Gesetz tritt mit Wirkung vom 1. Januar 2024 in Kraft. ²Abweichend von Satz 1 tritt § 3 am 1. Januar 2025 in Kraft.

Die Präsidentin

I.V.

Tobias Reiß

I. Vizepräsident

Plenarprotokoll Nr. 21 vom 06.06.2024

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)

Gesetz- und Verordnungsblatt vom 28.06.2024

Da dieses Dokument größer als 1 MB ist, wird es aus technischen Gründen nicht in die Vorgangsmappe eingefügt.

Download dieses Dokuments [hier](#)